

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Koner, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrunn, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, im Adlonischen Park 2.

Anzeigensätze für die obere Spalte: 10 Pf. pro Zeile oberhalb 1,50 Mk.  
Abnehmervermittlungen 75 Pf.  
Verbandsangelegenheiten 50 Pf.

### Zum 9. November.

Zum ersten Male fährt sich der historische Tag, an dem das alte Reich in Trümmer ging und neue Mächte die Herrschaft ergriffen. Der 9. November wird in der Geschichte fortleben als der Tag der deutschen Revolution; von hier an datiert eine neue Epoche in der Geschichte Deutschlands, in der Weltgeschichte. Bisher war Deutschland die fromme Kinderstube, zwei Dugend Monarchen behielten den Schlaf des deutschen Nickers. Der 9. November hat mit diesem Spul aufgeräumt. Der Thron der Hohenzollern, der für die Ewigkeit gegründet schien, brach zusammen, und in seinen Sturz verwickelte er die Thronchen der übrigen deutschen Potentaten.

Die Errichtung der Deutschen Republik war gewiß ein bedeutsames Ereignis, es rechtfertigt sich, daß man diesen Tag im Kalender pol anstreicht und seine Wiederkehr festlich begeht. Aber die politische Bedeutung der deutschen Revolution tritt zurück hinter die soziale. Für die soziale Revolution, deren Zeugen wir sind, bedeutet der 9. November 1918 zwar gleichfalls einen Höhepunkt, aber der Tag war für diese Revolution weder ein Ausgangspunkt noch die Vollendung. Den Tag zu bestimmen, an dem die soziale Revolution begann, wird schwerlich gelingen, man könnte in diesem Sinn allenfalls die Erklärung der Sozialdemokratie als die Geburtsstunde der deutschen Revolution bezeichnen, von ihrem Abschluß sind wir aber noch recht weit entfernt.

In der byzantinischen Geschichtsschreibung, wie sie unter dem alten Regime in den Volksschulen gelehrt wurde, waren die Monarchen nicht nur durchweg wahre Ausblinde von Weisheit und Kraft, sie waren es auch, die allein die Geschichte machten. Für den denkenden Menschen lag der Unfug dieser Geschichtsdarstellung auf der Hand. Wer mit der Theorie von den Königen, die die Geschichte machen, nahe verwardt ist die andere Theorie, die in der Revolution das Werk einiger tatkräftiger und entschlossener Männer erblickt. Eine kindliche Auffassung, die der Meinung ist, eine Revolution lasse sich machen. Gerade an der deutschen Revolution läßt sich deutlich erkennen, daß sie das Werk einer langen Entwicklung ist. Die sozialdemokratische Agitation hat in langwieriger Arbeit der Revolution den Boden bereitet. Die Sozialdemokratie hat planmäßig auf den Sturz der Herrschaft des Kapitalismus hingearbeitet, und die Gewerkschaften haben diesen Kampf wirksam unterstützt. Dank dem Wirken der Gewerkschaften ist es vorläufig gelungen, daß die Arbeiterchaft unter der Herrschaft des Kapitalismus in wirtschaftliches Elend versank. Die Gewerkschaften haben das Klassengefühl und den Geist der Solidarität in weiten Kreisen der Arbeiterchaft geweckt und lebendig gehalten, auch in solchen Kreisen, denen das Verständnis für die politischen Forderungen der Sozialdemokratie noch abging. Und wenn man fragt, wer den 9. November „gemacht“ hat, dann muß man wahrheitsgemäß antworten, daß die wirtschaftliche und die politische Arbeiterbewegung die Väter der Revolution waren.

Die Träger der Macht haben die ihnen von jener Seite drohende Gefahr wohl erkannt, an gutem Willen, die Arbeiterbewegung zu vernichten, hat es ihnen nicht gefehlt. Mit Ausnahmegelesen, mit einer seltenen Justiz und mit boshafsten Verwaltungsmassnahmen ist man der Arbeiterbewegung zu Leibe gegangen. Vergebliches Bemühen; die Verfolgte wuchs und wurde größer und stärker. Dann kam der Krieg, dessen Geheimgeschichte sich dem betrogenen Volk allmählich zu enthüllen beginnt. Hunderttausende sind auf den Schlachtfeldern verblutet, Millionen sind in der Heimat in Hunger und Elend verkommen. Diese Kriegswirkungen haben das Volk zermürbt und dem alten Regime die letzte Stütze geraubt. Die Schrecken des Weltkrieges haben gezeigt, daß auch das anscheinend so mächtige kaiserliche Deutschland ein Koloß auf thönernen Füßen war. Jene, die sich als die festesten Stützen des Thrones ausgaben, haben ihn am nachhaltigsten unterwühlt. Am 9. November 1918 war die Zeit erfüllt, die alte Macht brach in sich zusammen; ihr oberster Repräsentant ist ein Flüchtling, der in fremdem Land ängstlich des Schicksals harret, das sich über seinem Haupt zusammenzieht.

Die Umgestaltung Deutschlands von der Monarchie zur Republik war der leichtere Teil der Aufgabe, die der 9. November 1918 dem deutschen Volk gestellt hat. Ungleich schwerer ist es, die wirtschaftlichen Aufgaben der Revolution zu lösen, die kapitalistische Produktion durch den Sozialismus zu ersetzen. Die Herrschaft des Kapitals ist weit fester begründet als die Throne der Fürsten. Im Wesen des Kapitalismus liegt es allerdings, daß er seinen Totengräber selbst erzeugt. Der Sozialismus, der dem Kapitalismus vom Thron stoßen wird, ist die logische Folge des zur höchsten Blüte ent-

wickelten Kapitalismus. Die Dinge sind soweit gediehen, daß der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus nun in sein entscheidendes Stadium tritt. In diesem Kampf versagen aber die Mordwaffen. Selbst der mächtigste Diktator ist außerstande, das Ende des Kapitalismus zu betreten. Die Revolution, die zum Sturz des Kapitalismus, zur Befreiung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen führt, vollzieht sich allmählich. Der 9. November war in dieser Revolution nur eine Etappe. Er hat uns die Möglichkeit gebracht, diese Entwicklung zu beschleunigen. Aber nichts ist törichter als die Annahme, daß man den Sozialismus von einem Tag zum andern verwirklichen könnte.

Der 9. November hat die Macht in die Hände der Arbeiter gelegt. Jetzt galt es zuzugreifen und von der leicht errungenen Gewalt den rechten Gebrauch zu machen. Läßt man die Ereignisse des ersten Jahres der Deutschen Republik an seinem geistigen Auge vorüberziehen, dann muß man gestehen, daß die große Zeit ein kleines Geschlecht gefunden hat. Während des Krieges hatte sich die Sozialdemokratie gespalten infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Kriegspolitik. Der Geburtstag der Republik brachte zwar nicht den Frieden, aber doch das Ende des Krieges. Jetzt hätte man den Streit über die Kriegspolitik zurückstellen und zunächst die Einheit der Partei wiederherstellen müssen. Statt dessen brachte der Tag der Revolution ein widerwärtiges Feilschen über die Frage, inwieweit man, im Besitz der Macht, der Forderung der Demokratie Rechnung tragen könne. Sofortige Wahl der Nationalversammlung forderten die einen, Hinausschiebung des Wahltermins in unbestimmte Ferne die anderen. Erst unmittelbar vor der öffentlichen Wahl der Vollbeauftragten fand man die einigende Formel.

Sie war ein faules Kompromiß, und die Freude des Proletariats über die Einigung der Führer, welche die Revolution vollbracht hatte, erwies sich nur zu schnell als verfrüht. In Wirklichkeit hatte es ja gar keine Einigung gegeben, und die wenigen Wochen gemeinsamer Tätigkeit in den leitenden Regierungsgliedern waren mehr ein Gegeneinander als ein Zusammenarbeiten. Bald kam der öffentliche Bruch, und während die Masse der Arbeiter nach der Vereinigung lechzt, wird die Kluft, welche die proletarischen Parteien trennt, immer tiefer und der Schaden, der aus dem Bruderkrieg dem deutschen Volk erwächst, immer größer.

In den ersten Wochen nach dem 9. November war die Stimmung in den weitesten Volkskreisen so, daß eine alsbald vorgenommene Wahl der Sozialdemokratie eine sichere Mehrheit in der Nationalversammlung gebracht hätte. Die Wahl wurde hinausgezögert, und sie fand statt im Zeichen des Sozialdemokratischen Bruderkrieges. Das Ergebnis war wohl, daß die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion bilden, aber die bürgerlichen Parteien haben die Mehrheit in der Volksvertretung. Ohne die Sozialdemokratische Partei ist eine Regierung in Deutschland nicht möglich. Allein ist die Partei aber nicht stark genug, sie muß sich mit bürgerlichen Parteien verbinden, um so mehr, als die Unabhängigen jede Beteiligung an der Regierung ablehnen.

Deren Taktik ist sehr klar. Die Unabhängigen bleiben in der Opposition. Sie lehnen jede positive Arbeit an dem Aufbau des zusammengebrochenen Reiches ab, dadurch gewinnen sie völlige Freiheit der Kritik. Und wie leicht ist es jetzt, Kritik zu üben. Das kaiserliche Regime hat der Republik eine furchtbare Erbschaft hinterlassen. Der lange Krieg hat das Land auf das äußerste ausgezehrt. Wir sind entblößt von Lebensmitteln und Rohstoffen. Die furchterlichen Bedingungen, unter denen uns die Entente den Waffenstillstand bewilligte, und der Friedensvertrag von Versailles machen es fast unmöglich, wieder zu geordneten Zuständen zu kommen. Dazu hat der Krieg in unserem Volk eine sarkastische moralische Verwüstung hinterlassen. Durch die Länge des Krieges haben viele Söhne des Volkes, die hinausgezogen waren, das Vaterland zu verteidigen, jeden moralischen Halt verloren. Sie sind zu Landeknechten geworden mit allen Lasten des Landknechtums. In der Heimat hat der Krieg Wucher und Sabotage großgezogen; alles jagt mühseligen Gewinn nach. Das Verbrechen hat einen riesigen Umfang angenommen. Dabei leidet die breite Volksmasse schwer unter der ungeheuren Not. Da ist es Pflicht jedes redlichen Verkünder, zuzufassen und zu weisern. Kleinlichem Fraktionsinteresse ist freilich mit bloßer Kritik besser gedient, denn die Masse, die das Elend am eigenen Leibe spürt, fühlt sich von den Kritikern unwillkürlich angezogen.

In der Tat, es geschieht in Deutschland manches, was nicht zu billigen ist, und manches Notwendige ist unterblieben. Aber unredlich ist es, zu bestreiten, daß die Männer in der Regierung von dem redlichsten Willen erfüllt sind, Ordnung in das Chaos

zu bringen. Und es ist im ersten Jahr der Republik doch manches geschehen, um die Zustände zu festigen. Durch die Verabschiedung der Reichsverfassung hat das Staatswesen eine solide Grundlage erhalten, und in zahlreichen Verordnungen und Gesetzen sind die Rechte der Arbeiter erweitert, in der Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen sind Zugeständnisse erzielt, die in ihrer vollen Bedeutung in diesen aufgeregten Zeitaltern noch nicht recht gewürdigt wurden.

Nel alledem sind die Zustände in Deutschland am ersten Jahrestag der Revolution nichts weniger als befriedigend. Die Faust des erbarmungslosen Siegers riß uns an der Gurgel, und im Innern ist das Land von Leidenschaften durchwühlt. Die Reaktion, die vor einem Jahr zu Boden geschmettert war, erhebt immer frecher ihre Haupt, und der Bruderkampf im Proletariat sticht ihre Hoffnung. Je schärfer die herrschende Staatsgewalt von links angegriffen wird, desto höher steigen die Erwartungen der Reaktionen auf der rechten Seite. Soll das Junkertum wieder in Deutschland triumphierten, soll das deutsche Volk wieder in körperliche und geistige Knechtschaft zurückgeführt werden? Das soll und darf nicht sein. Noch ist die Revolution nicht vollendet. Die dringendste Voraussetzung für ihre zielbewusste Weiterführung ist die Einigkeit des Proletariats. Wer es gut meint mit dem deutschen Volk, wer die Sache des Proletariats fördern will, der muß als nächstes Ziel, das mit der größten Beschleunigung zu erreichen ist, den Zusammenschluß der proletarischen Parteien anstreben. Möge der erste Jahrestag der Revolution ein Wendepunkt sein, der die Streitenden zur Besinnung zurückruft. Gedenten wir des an die Arbeiterschaft gerichteten Dichterwortes: Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einigt seid!

### Vor neuen Kämpfen.

Noch ist der Kampf, den unser Verband um die Durchführung der Bestimmungen des Reichstarifs führt, nicht beendet, und schon sind wir genötigt, uns zu neuen Kämpfen zu rüsten. Um die hierbei in Betracht kommenden Fragen zu erörtern, hat der Verbandsvorstand auf den 30. Oktober eine Konferenz der Städtevertreter einberufen. Die Beauftragten von über hundert Verbandsorten hatten dem Ruf Folge geleistet.

Bei den monatelangen Verhandlungen über den Reichstarif haben die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes wiederholt mit dem Einwand operiert, daß solche Vertragsverhandlungen eigentlich gar nicht zulässig seien, weil ja noch die alten Verträge aus der Vorkriegszeit in Kraft wären. Durch deren fortgesetzte Verlängerung bestände das alte Vertragsverhältnis noch bis zum 15. Februar 1920. Unsere Verbandsvertreter haben dem entgegengehalten, daß man nach den wiederholten Änderungen, welche die wesentlichen Bestimmungen jener Verträge im Laufe der Zeit erfahren haben, kaum noch auf sie zurückgreifen könne. Durch das Verhandeln über den Vertragsentwurf haben die Arbeitgeber die Berechtigung unserer Auffassung nicht nur tatsächlich anerkannt, sie haben sich auch ausdrücklich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Immerhin sind aber die alten Verträge noch nicht formell aufgehoben. Um zu verhindern, daß man sich etwa weiter auf sie berufen, müssen sie am 15. November zum Ablauf auf den 15. Februar 1920 gelündigt werden.

An der Zustimmung der Kollegen in allen Vertragsorten zur Erfüllung dieser Formalität war natürlich nicht zu zweifeln, dazu hätte es der Städtekonferenz nicht bedurft. Diese hatte vielmehr die Aufgabe, Stellung zu nehmen zu den schwebenden Sämpfen um den Reichstarif und Richtlinien für unser weiteres Vorgehen zu schaffen. Das sind Fragen, die auf das engste miteinander zusammenhängen.

Die Ablehnung des Reichstarifs durch die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat die von den beiderseitigen Organisationsleitungen verfolgten Bestrebungen auf Schaffung einheitlicher Arbeitsbedingungen gründlich durchkreuzt. Der Abschluß eines Reichstarifs, das heißt eines Tarifvertrags, der im ganzen Reichsgebiet Geltung hat, hat sich als unmöglich erwiesen. Es besteht auch keine Möglichkeit, neue Verhandlungen zu diesem Zweck anzubahnen. Unserem Verband fehlt es an einem vertragsfähigen Partner. Der Arbeitgeber-Schutzverband hat seinen Bankrott angemeldet in dem Augenblick, als seine Generalversammlung den Abmachungen, die sein Vorstand getroffen hatte, die Zustimmung versagte. Wer vermag denn die Gewähr dafür zu übernehmen, daß etwaigen neuen Vereinbarungen, die von Vertretern des Arbeitgeber-Schutzverbandes getroffen werden, die Sanktion erteilt wird? Fünf Monate lang haben die Unternehmer die zentralen Verhandlungen hingezögert, und zum



Schluss war alle aufgewendete Zeit und Mühe vergeblich. Dieses Schauspiel wollen wir nicht wiederholen.

Während der Kriegszeit sind eine Reihe von zentralen Abmachungen über die Lohnhöhe getroffen worden. Dadurch dürfte vielfach die Tatsache in Vergessenheit geraten sein, dass die bisher mit dem Arbeitgeber-Schutzverband abgeschlossenen Verträge Ortsverträge waren, wenn sie auch größtenteils unter Mitwirkung der Zentralvorstände zustande gekommen sind. Damit dem Wirken unseres Verbandes erfährt der Inhalt der Verträge mit der Zeit eine größere Vereinheitlichung; der Reichstarif war die Konsequenz dieser Bestrebungen. Wenn wir es nunmehr aufgeben müssen, durch die zentralen Instanzen einen für das ganze Reich gültigen Tarifvertrag abzuschließen, so bedeutet das doch nicht, daß wir auf den Inhalt des Reichstarifs verzichten. Der zwischen den Zentralvorständen vereinbarte, von der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes aber abgelehnte Tarifvertrag wird die Grundlage für unsere künftigen Ortsverträge sein. Er enthält das Mindestmaß unserer Forderungen. Darüber war sich die Städtekonferenz einig; einmütig stimmte die Konferenz der folgenden, von den Delegierten aus Köln, Stuttgart, Frankfurt a. M., Hamburg, Dresden und München beantragten Einheitslösung zu:

Die heute am 30. Oktober 1919 in Berlin versammelten Städtevertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes stellen fest, daß die Ablehnung des Reichstarifs durch die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes unter den Holzarbeitern Deutschlands die größte Enttäuschung hervorgerufen hat. Das eigene Verlangen des Arbeitgeber-Schutzverbandes, im Holzgewerbe einheitliche Bestimmungen im Arbeitsverhältnis zu schaffen, ist durch seine Generalversammlung vereitelt worden.

Die heutige Städtekonferenz beschließt, sämtliche am 15. November 1919 zur Kündigung stehenden Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe zu kündigen. Dabei soll zum Ausdruck kommen, daß wir jede wirtschaftliche Störung vermeiden werden, wenn sich die Arbeitgeber bereit erklären, den gerechten Wünschen der Holzarbeiter entgegenzukommen.

Die Verhältnisse bedingen einen weiteren Ausgleich zwischen Einkommen und Leistung. Um diesen Ausgleich zu schaffen, wird eine sofortige Lohnserhöhung von 50 Pf. pro Stunde für sämtliche Holzarbeiter und Arbeiterinnen auf die bestehenden Löhne gefordert. Um diesen Betrag müssen die im Reichstarif festgesetzten Mindest- und Durchschnittslöhne erhöht werden. An dem zwischen den Zentralvorständen vereinbarten Reichstarif in allen seinen Teilen wird unbedingt festgehalten. Diese Forderungen bilden das Mindestmaß; ohne ihre Erfüllung werden neue Verträge nicht abgeschlossen.

Nach Lage der Dinge muß damit gerechnet werden, daß bei der Art des Vorgehens ein einheitlicher Tarifvertrag nicht erreicht wird; es ist anzunehmen, daß dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, auch weitergehende Forderungen aufgestellt und durchgeführt werden; die Bedingungen des Reichstarifs sind eben nur das Mindestmaß unserer Forderungen.

In den Verhandlungen der Konferenz über die schwebenden Kämpfe um den Reichstarif wurde auch die Stellungnahme der Berliner Kollegen eingehend erörtert. In Berlin ist eine Vereinbarung getroffen worden, in welcher auf wichtige Punkte des Reichstarifs verzichtet ist. Die Kollegen glaubten aus prinzipiellen Gründen diese Stellung einnehmen zu sollen. Auf der Konferenz wurde dieses Verhalten der Berliner Kollegen abseitig bedauert, denn es hat den Kampf, der an vielen Orten im Reich geführt wird, sehr erschwert. Die Berliner Kollegen

glaubten auf Grund ihrer Stellung zur Gewerkschaftspolitik zu ihrer Haltung in der Vertragsfrage verpflichtet zu sein, aber auch von den Delegierten, welche die politischen Anschauungen der Mehrheit der Berliner Mitglieder teilen, wurde diesen bekräftigt, daß sie sich durch falsch verstandene Grundsätze auf einen Irrweg haben verlaufen lassen.

Im praktischen Lohnkampf kann es zwischen den Anhängern der verschiedenen proletarischen Parteien im Verband keine Meinungsverschiedenheiten geben. Es war ein gutes Wort, welches der in seinen politischen Anschauungen den Berlinern nahestehende Delegierte aus Halle im Hinblick auf diese Vorläufigkeit sagte: „Man muß unterscheiden zwischen politischer Theorie und gewerkschaftlicher Praxis.“ Die Aussprache auf der Städtekonferenz hat die erfreuliche Wirkung gehabt, daß die Meinungen geklärt wurden. In dem Kampf, dem wir entgegengehen, kann es innere Gegensätze im Verband nicht geben. Nicht darum handelte es sich für die Konferenz, Gericht zu halten und zu verurteilen, sondern um die einige Kampffront herzustellen. Deshalb fand auch der Düsseldorfer Delegierte alleseitigen Beifall, als er ausführte, daß der gemachte Fehler sich wieder corrigieren lasse, jedenfalls muß Berlin mit uns und wir müssen mit Berlin arbeiten.

Das war die Grundstimmung der Städtekonferenz. Unser Verband steht vor schweren Aufgaben. Noch läßt sich nicht absehen, wie sich die Dinge gestalten werden. Es ist in gewisser Hinsicht ein neuer Weg, den wir einschlagen. War unser Bestreben bisher darauf gerichtet, möglichst einheitliche Arbeitsbedingungen im ganzen Reich zu schaffen, so hat uns das Verhalten der im Arbeitgeber-Schutzverband organisierten Unternehmer von der geradlinigen Verfolgung dieses Zieles abgebracht. Wir verlieren zwar dieses Ziel nicht aus dem Auge, aber es hieß einem Phantom nachjagen, wollten wir weiterhin danach streben, zu einer zentralen Abmachung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband zu kommen. Wir müssen jetzt durch örtliche Vereinbarungen unseren Zweck zu erreichen trachten. Das stellt an die Kollegschaft im Reich höhere Anforderungen an Kraft und Umsicht. In weit höherem Maße als bisher gilt nun das Wort: „Selber ist der Mann!“ Der Verbandsvorstand, in dessen Händen die Oberleitung der Bewegung liegt, wird wie bisher keine Pflicht tun und den Kollegen zur Hand gehen. Aber die Kollegen in den einzelnen Orten müssen fest zusammenhalten und entschieden ihren Mann stehen. Die Städtekonferenz hat bewiesen, daß der feste Wille dazu bei unseren Kollegen auf allen Seiten vorhanden ist, und das gibt die Gewähr, daß unserem Kampf der Erfolg nicht verlagert bleiben wird.

Auf der Gauvorsteherkonferenz, die im Zusammenhang mit der Städtekonferenz abgehalten wurde, wurden neben den Fragen, die mit der Lohnbewegung in Verbindung stehen, auch Agitations- und Organisationsfragen behandelt. Eingehend wurde insbesondere die Frage erörtert, ob es sich empfiehlt, die Gauen zu verkleinern. Dabei kam man überein, es im allgemeinen bei der gegenwärtigen Gauenabteilung zu belassen. Die Veränderung der Reichsgrenzen im Osten wird allerdings dazu zwingen, die verbleibenden Reste des Gaues Danzig aufzuteilen. Auch sonst soll, wo die Notwendigkeit dazu vorliegt, eine Verichtigung der Grenzen der Gauen vorgenommen werden. Die Anstellung von Bezirksbeamten zur Entlastung der Gauvorsteher hat sich im allgemeinen bewährt, und es soll damit, soweit ein Bedürfnis vorliegt, fortgefahren werden. Auch für die Agitation, insbesondere für die Vertiefung des gewerkschaftlichen Geistes unter den Mitgliedern, wurden wertvolle Anregungen gegeben. Ein näheres Eingehen an dieser Stelle erübrigt sich, da die Anregungen bald in die Tat umgesetzt werden dürften.

### Taylor oder wirtschaftlicher Betrieb?

Zu diesem Thema, das jetzt lebhaft diskutiert wird, ist uns der folgende interessante Beitrag zu:

Das Taylorsystem wird in Amerika mit Recht sehr verschieden beurteilt. Eine Zusammenfassung sehr gewichtiger durchweg vernichtender Urteile ist von John P. Frey zusammengestellt und hier kürzlich eingehend besprochen worden. (S. Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“.) Was man in Amerika unter Taylorsystem (und verwandten Systemen) versteht, ist wohl als ausreichend bekannt vorausgesetzt werden. Will man das Urteil zusammenfassen, so lautet es: Das Taylorsystem ist geeignet, dem Arbeiter in kurzer Zeit durch Überanstrengung seine Arbeitskraft zu nehmen, es entgeistigt die Arbeit, vermindert die Heranbildung eines sachlich durchgebildeten Nachwuchses und dient einzig dem Profitinteresse des Großkapitals bzw. der Arbeitgeber überhaupt.

Dies Urteil trifft auch für Amerika nicht überall zu. Sondern ist es in wichtigen Stellen das Gegenteil von dem, was Taylor und seine Mitarbeiter gewollt und in namhaften Teilen erreicht haben. Aber etwas ist doch dran.

Nun gehören zur Einwirkung eines Arbeitssystems auf Volk zwei: das System und das Volk. Wenn das amerikanische Volk das Taylorsystem einführt, oder der in Amerika (ursprünglich) herrschende Kapitalismus die Einführung erzwingt, so kann es das nur mittelbar berühren. Jedenfalls haben wir, nach dem Verlust des Krieges, keinen Einfluß auf derartige Dinge. Aber der Grundgedanke des sogenannten Taylorsystems wird von amerikanischen Anwendung nicht berührt.

Taylor mußte sein System für amerikanische Verhältnisse aufbauen und konnte auch amerikanische Möglichkeiten als Grundlage legen. Ganz abgesehen von den privatwirtschaftlichen Zwecken, hatte Taylor andere volkswirtschaftliche Aufgaben im Auge, als sie in Deutschland zu lösen sind. Wenn die Amerikaner ein Arbeitsverfahren brauchen, das auf ungelernete Arbeiter geschuldet ist, so mag das für Amerika gut sein, weil es da weniger gelernte Arbeiter gibt, als die Wirtschaft des Landes verlangt. Wollten aber wir mit einem reichen Bestand ausgebildeter Arbeiter dieses Verfahren übernehmen, so würde das Torheit. Ebenso kann man sehr wohl mangels eigener Geschicklichkeit eine Maschine nötig haben und mit wirtschaftlichem Erfolg verwenden, wo ein anderer geschickt genug keine Maschine zu brauchen. Für den Westlichen ist sie dann überflüssig. Das in Amerika, auch nach Taylors Vorschläge zweckmäßige ist es darum für uns noch lange nicht. Nur wenn man sich hüten, die Beobachtungen, auf Grund deren Taylor eine besondere Maschine empfiehlt, die augenscheinlich bei uns nicht erwünscht ist, abzulehnen. Werden die Beobachtungen bei uns gemacht, so werden sie eben gegen die Maschine entscheiden, können aber selbst sehr wertvoll sein.

Ähnlich steht es mit dem Raubbau an der Arbeitskraft. Der amerikanische Fabrikant kann seine Arbeiter in einer Anzahl von Jahren aufbrauchen und auf die Straße werfen. In Lohnstreikzeiten kann er sich Maschinenengewehre kaufen und sie benutzen. Das ist auch eifrig geschehen und entspricht dem amerikanischen Begriff von Freiheit und Demokratie. Wir sind nicht ganz so frei, sondern haben Schugmaßnahmen, die, wenn auch unvollkommen sie immer noch sind, doch außerordentlich geholfen haben. An ihrer weiteren Entwicklung hindert uns wesentlich die Konkurrenz der Länder, die ohne solchen Schug arbeiten. Wenn nun ein Arbeitssystem vorgeschlagen wird, das weit mehr Raub an der Arbeitskraft bedeutet als alle einzelnen Unfälle, so wäre es töricht, es zu übernehmen. Es wäre aber nicht nur aus allgemeinen menschlichen Gründen abzulehnen, sondern auch aus wirtschaftlichen. Wir müssen jetzt auf Jahrzehnte uns auf ein von den Siegervölkern bestimmtes Existenzniveau einstellen.

### „Kulturträger“ von gestern und heute.

Deutschland hätte, als der Krieg ausbrach, auf eine fast halbhundertjährige industrielle Entwicklung ohne Gleichen zurückzublicken. Der Krieg 1870/71 hatte dem deutschen Volk die erste politische und wirtschaftliche Einheit gebracht, und der französische Niederlagen hatte die wirtschaftliche Basis zu einer weltbeherrschenden Industrie gegeben. Die deutsche Tourgeoisie, die aus dem Krämer- und Kleinhandwerkerstand hervorgegangen und daher die Merkmale des Fortwärtstums nie recht loswerden konnte, fühlte sich vom Schicksal dazu anzuregen, die deutsche Kultur über den Erdball zu verbreiten. Mit dem Regierungsrat Wilhelm II., dessen Charakteristikum uns bald um allen Kredit in der Welt bringen sollte, setzte die deutsche Kulturmission ein. „Deutschland in der Welt voran!“ An deutschen Wesen soll die Welt gereifen und andere Völker von nationalitätlicher Dummheit befreien geben den Ton an, auf den die sogenannte öffentliche Meinung (d. h. die Meinung der kapitalistischen Geldgötter) gestimmt war.

Für den, der die Dinge ohne Voreingenommenheit auf sich wirken ließ, bedauerte es nicht der überzeugenden Sprache der Kanonen, daß die neudeutsche Wirtschaft und Kultur auf dem Scheitern eingestellt war, daß sie einem Kartenhaus gleich, das die erste heftige Krise über den Herden Klauen warf. Schon in der ersten Annäherung, in der größten Kasse der Architektur, in dem Stil, der prunkvollen Kunstgewerbe und in der literarischen Kunst zeigte sich der leeren, mit Bühnen- und Salonarbeitende neudeutsche Geist wider. Von all den Künsten, die der Kaiser Wilhelm II. entpuppen, kamen wir nicht mehr ein Stück der Zukunft mit gutem Gewissen hinterlassen. Wie das deutsche Volk gelebt, so bedauert auch das deutsche Volk einen ersten Reiz, den es nicht mehr hat. Es ist ein großer Traum mit der Veranschaulichung von dem, was das Kaiserreich der letzten Generationen geführt hat, erreicht.

Die Gesellschaft, die unter Wilhelm II. den Ton angegeben hatte und sich als seine Handlangergerade fühlte, ist mit ihm vom Schauplatz getreten. Sie hat ihre Rolle so gründlich ausgespielt, daß es der neuen Parvenügesellschaft, die das Kriegsgeschick heranzüchtet hat, ein leichtes war, sich an ihre Stelle zu setzen. So hat sich in der alten Gesellschaft schon gewisse ästhetische Bedürfnisse, wenn auch großartiger Natur, herausgebildet, so fühlte der neue Schicht, die der Zerfall oder die Stumpfsinnigkeit in die Höhe gebracht hat, überhaupt jede Voraussetzung zum künstlerischen Genießen und zu einer stilvollen Lebensführung. Der neue Reichtum hat nicht einmal das Bedürfnis, die Rolle eines Mäzens zu spielen, er will nur proben und genießen. Während draußen die Kanonen donnerten, tanzte, spielte und amüsierte sich Berlin, das heißt das Berlin der Fortwärtst und Glückseligkeit. Die Revolution hat in dieser Beziehung keine Änderung gebracht. Berlin fährt fort, sich zu erheben, genau dem alten Grundfah des französischen Sonnenkönigs: „Nach uns die Sintflut!“

Alle Lebens- und Kulturwerte sind abermals auf den Kopf gestellt worden. Die große Umwertung der Dinge ist gekommen, aber anders, als sie sich in dem Hirn eines weltmüden Philosophen dargestellt hat. Die neue Parvenügesellschaft hat jeden Respekt vor der Kunst und der schöpferischen Persönlichkeit eingeküßt, weil sie danach nicht mehr ist, ein persönliches Leben zu führen. Charakteristisch für Berlin und die anderen deutschen Großstädte mit kriegsgewinnbringendem Einschlag sind außer den Klubs, Tanzsälen und Spielhöhlen die Kunstaktionen, auf denen die Schätze der Vergangenheit aus allem Besitz in die Hände der neuen Geldpropheten abwandern. Hier erwirbt man Kunstwerke nicht aus Freude an der Sache, um sich einen künstlerischen Genuß zu verschaffen, sondern um sein Geld fleißiger anzulegen. Keine andere Zeit hat einen schändlicheren Mißbrauch mit den Kunstschätzen der Vergangenheit getrieben.

Berlin tanzt — tanzt auf einem Vulkan, und mit der Reichshauptstadt das ganze Reich. Sie alle, denen die höchsten Güter der Nation anvertraut waren, haben, statt sie zu fördern, einen schmachvollen Raubbau mit ihnen getrieben. Aus dem Sumpf, in den uns die alte kapitalistische Gesellschaft geführt hat, können wir nur durch die stärkere Inanspruchnahme aller im Volk schlummernden Kräfte errettet werden. Die Demokratie, die im weiteren Sinn die praktische Anwendung des Prinzips der Auslese der Tüchtigen ist, haben wir uns endlich als Regierungsform erkämpft. Nun gilt es, sie auf alle Beziehungen des Lebens auszudehnen und alle Institutionen der Öffentlichkeit vor ihrem Geist zu erfüllen. Dann kann in Zukunft nicht mehr der ererbte oder skrupellos erworbene Reichtum das Schicksal eines Volkes und seine Kultur bestimmen. Die Klassenherrschaft wäre überwunden und mit ihr das Elend und die Verfalltheit der modernen Kultur, die sich von der primitiven Völker eigentlich nur durch die höhere Vollendung der Werkzeugzeuge unterscheidet.

Wir sind vor dem Nichterfall der Weltgeschichte zu leicht befunden worden. Daran gibt es nichts zu deuteln. Man müßte gerade von einem unheilbaren, unheilvollen nationalitätlichen Größenwahn beherrscht sein wie die deutschen Professoren, die feinerzeit den schmachvollen „Aufmarsch an die Kulturwelt“ unterzeichnet haben, um nicht zu begreifen, daß die prunkvolle neudeutsche Kultur eitel Seifenschäum war. Allerdings ist es um die Kultur der anderen, die sich jetzt wie die Frösche aufblähen und alle Schmach der „großen Zeit“ auf das deutsche Volk abwälzen, nicht viel besser bestellt. Es ist noch keinem Volk der Sieg auf blutiger Wahlstatt gut bekommen. Das haben wir nach 1871 an uns erfahren. Den Siegern von 1914 bis 1918 wird diese Erfahrung auch nicht erspart bleiben. Dann wird ein großes Erwachen über ganz Europa kommen und ein neues Kulturideal die Völker im Zeichen der produktiven Arbeit zusammenführen.



minimum einschränken und allen darüber hinausgehenden Arbeitsvertrag an sie abliefern. Da wäre es geradezu dumm, eine einzige Arbeitskraft nicht bis ans Ende der arbeitsfähigen Jahre auszunutzen.

Natürlich denkt kein verständiger Mensch daran, die in manchem amerikanischen Betrieb benutzten Arbeitsweisen zu übernehmen. Wohl aber ist es nötig, die Untersuchungen, die in Amerika zum Taylor-System führten, genau daraufhin durchzuführen, ob und wie ihre Grundgedanken für uns verwertbar sind. Die Mißerfolge und ihre Gründe werden dabei mindestens so lehrreich für uns sein wie die Erfolge. Das ist aber keineswegs etwas Neues, vielmehr wird eine Reihe Taylor'scher Gedanken seit Jahren in deutschen Betrieben der Betriebsführung zugrunde gelegt.

Was Taylor mit dem gewollt hat, was man heute das Taylor-System nennt, ist in wenigen Worten nicht zu sagen. Die Beobachtung der Einzelheiten der Arbeit ist keineswegs die Hauptsache, sondern eins der Mittel. Auch die Zerlegung der Arbeit in Einzelarbeiten ist lediglich Mittel zum Zweck, und zwar ein Mittel, dessen Anwendung sehr davon abhängt, ob man auf gelehrte oder ungelernete Arbeiter rechnen kann. Die Berücksichtigung der Möglichkeiten, die die Arbeiter leisten, ist einer der wichtigsten Teile der Gesamtarbeit. Ob sie für das Verfahren das wichtigste ist, hängt von den Umständen des Falles ab. In den Maschinenfabriken war wohl die Erfindung des Schnelldrehstahles (und seiner Härtung), der eine mehrfache Leistung der Drehbänke zuließ, mindestens ebenso wichtig. Auch ist der Taylor'sche Gedanke, die Arbeit des Meisters in der Fabrik auf eine ganze Reihe von Anweisern zu verteilen, sehr fruchtbar. Die Anstellung besonderer Arbeiter zur Zu- und Abführung der Arbeitsstücke, zur Instandhaltung der Werkzeuge und Maschinen, zum Schleifen und zu manchem andern ist ebenfalls eine Abänderung, deren Wirkung planmäßig untersucht werden muß. Aber all diese Dinge sind nichts grundsätzlich Neues. Die Arbeitsteilung hat jahrzehntelang unbeschrieben als Fortschritt gegolten. Man betrachte doch nur, wieviel vielfältiger die Ausbildung eines Schillings in wohl jedem Gewerbe vor 50 oder 100 Jahren war als jetzt. Wenn in einer Taylor'sierten Näherstube Amerikas fünf Leute nötig sind, den Gast einzulassen, abzutragen, zu waschen, Messer abzuwischen und Schaum zu schlagen, so wird man das wohl als Entartung ansehen können. Auch das Abmessen der Arme und Finger von Näherinnen und die danach berechnete Fadenzahl ist sicherlich eine Übertreibung eines Grundgedankens, der aber darum doch richtig sein kann.

Jedenfalls ist der Kauf der Adergeräte und des Saatgutes, wie ihn die Landwirtschaft unserer Zeit kennt, eine höhere Wirtschaftsform als die alte, die alles auf dem Bauernhof selbst erzeugen wollte. Auch die städtischen Handwerker laufen an Halbfabrikaten und Hilfsstoffen fertig, was erreichbar ist, und empfinden das nicht als Entgeisterung ihrer Arbeit.

Wie wäre nun im Holzgewerbe von Taylor's Gedanken nützlicher Gebrauch zu machen? Sehr viel Kraft geht auf Transporte. Dem gelehrten Arbeiter muß es willkommen sein, hier entlastet zu werden. An seine Stelle mögen ungelernete Arbeiter oder Maschinen treten. Auch der ungelernete Arbeiter in einem Betrieb des Holzgewerbes wird aber Vorteil davon haben, wenn ihm die Arbeit auf alle Weise, z. B. durch Einlegung richtiger Pausen, erleichtert wird. Es ist aber eine der Hauptarbeiten Taylors, auf diese Erleichterung hinzuwirken. Ergeben andere Untersuchungen, daß bei Verwendung anderer Stähle, eines andern Schiffs, die Umlaufzahlen der Maschine gesteigert werden können, so kann das allen Beteiligten nur willkommen sein. Denn wir werden viel Waren erzeugen müssen, wenn wir in absehbarer Zeit wieder auswärtige Güter kaufen wollen.

Nun wird gesagt, die Taylor'sche Arbeitsweise gebe einzelnen besonders tüchtigen Leuten Gelegenheit zu höherem Verdienst, drückt aber zahllose andere auf die niedrigste Lohnstufe der Ungelernten, machen sie zum Anhängsel der Maschine. Der Mißbrauch kann dazu führen. Aber es ist recht unwahrscheinlich, daß der Anreiz zu solchem Mißbrauch in Deutschland stark ist. Sollte er es doch sein, so wird ihm leicht entgegenzuwirken sein, denn wir haben als Volk allen Anlaß, aus der Gesamtheit des Volkes herauszuholen, was möglich ist, und also für alle, auch die noch so unvollkommenen Kräfte beste Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Wenn in Amerika eine Reihe großer Betriebe Taylor'sche Gedanken aufgriff und verwirklichte und dabei dann der Geldhunger unstillbaren Schaden anrichtete, so entspricht das nur der Stupidos-gewalttätigen Art dieses Volkes, das von sozialem Empfinden kaum etwas kennt. Bei uns haben Betriebe ihre Arbeitsweisen von Taylor beeinflusst lassen, die ihrer sozialen Richtung wegen bekannt sind. Die Bestrebungen laufen aber nicht bei diesen Firmen zusammen, sondern bei Wissenschaftlern, die genau so für die Vorteile der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber wirken, denen der Arbeitsvorgang am Herzen liegt, ohne Rücksicht darauf, wer aus der Anstellung Vorteil zieht. Der Maschinenbau hat eine solche Forschungs-gesellschaft, und vor kurzem ist eine Forschungs-gesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb (Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 11) gegründet worden. Diese Gründung hat bei den Bauherren, also jetzt hauptsächlich Behörden und Siedlungsgesellschaften, mindestens das Interesse gefunden wie bei den Arbeitgebern großer und mittlerer Baubetriebe. Zu ihnen sind aber recht bald auch einzelne Wissenschaftler aus allen in Betracht kommenden Gebieten und Arbeitnehmerge-organisations getreten. Bis ist wohl klar, daß diese Forschungs-gesellschaft jedenfalls nicht im einseitigen Interesse der Arbeitgeber arbeiten wird, selbst wenn diese kurzfristig genug sein sollten, ihr augenblickliches Geldinteresse höher als das der deutschen Gesamtheit einzuschätzen. Friedrich Paulsen.

### Unsere Versorgungsschwierigkeiten.

Deutschland ist nicht in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Befriedigung des eigenen Konsums sowie zur Wiedererlangung seiner Stellung auf dem Weltmarkt allein zu decken. Auch der Kohlenmangel macht sich in der empfindlichsten Weise bemerkbar. Statt der Friedensförderung von 190 Millionen Tonnen werden nur noch 70 Millionen Tonnen jährlich produziert. Durch den Friedensvertrag sind uns wichtige Länderstrecken verlorengegangen, so das Kohlenbecken des Sauerlandes, Teile Oberschlesiens, und über andere Teile soll erst eine Volksabstimmung entscheiden. Hinzu kommen die Kohlenlieferungen an die Ententemächte nach dem Friedensvertrag und die Transport-schwierigkeiten. Aus Bayern kommt die Nachricht, daß der Personenverkehr vorübergehend völlig eingestellt werden soll, um das rollende Eisenbahnmateriale ganz für den Güterverkehr verwenden zu können. In anderen Teilen Deutschlands zeigen sich die gleichen Schwierigkeiten, was wiederum die Belegung der Industrie ungemein hindert.

Die Ernte, besonders der Körnerfrüchte, wird als eine gute Mittelernte bezeichnet, aber auch hier macht sich der Kohlenmangel bemerkbar, weil der Ausbruch und der Transport des Korns nach den Mühlen dadurch behindert werden. Auch der Kartoffelversand leidet darunter. Der Reichswirtschaftsminister, Röber, Schmidt, wies vor einigen Tagen in der Nationalversammlung darauf hin, daß zurzeit nur 60 Prozent der erforderlichen Wagen für den Kartoffelversand zur Verfügung ständen. Zugleich gab er über die Ergebnisse der letzten Viehzählung Auskunft. Danach ist die Zahl der Milchkuhe wiederum zurückgegangen. Die Abschachtung muß auf das äußerste beschränkt bleiben, um wenigstens Säuglinge und Kranke auf das notwendige mit Milch versorgen zu können. Zucker, ein sehr wichtiges Nahrungsmittel, wird für den Hausbedarf noch immer auf das niedrigste Quantum gesetzt.

Die neue Ernte macht sich zwar bei dem besseren Brot bemerkbar, und der Mangel an Fleisch und Fett aus den eigenen Viehbeständen soll durch weitere Einfuhr von ausländischem Schweinefleisch, Speck, Gefrierfleisch und Konserven behoben werden. Zugleich macht sich aber die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise in den letzten Monaten weiter sehr unangenehm bemerkbar. Auch beim Obst, das in diesem Jahr zum erstenmal nach den langen Kriegsjahren in ausreichendem Maße vorhanden ist, ist das deutlich bemerkbar.

Sollen die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers nicht nur eine Beruhigungsspiel sein, dann dürfte mit einer einigermaßen ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln zu rechnen sein. Damit sind die Schwierigkeiten unserer Versorgung aber nicht behoben. Die Vorgänge auf dem „Schiebermarkt“ machen die Meinung begründlich, daß die breiten Volksmassen viel besser mit Nahrungsmitteln versehen werden könnten, wenn den „Schiebern“ viel mehr als bisher auf den Leib gerückt würde. In weiten Volksteilen ist sogar die Ansicht vertreten, daß wir genug Lebensmittel im Land haben, um alle Volksgenossen ausreichend ernähren zu können. Es müßte nur der wucherische Schleichhandel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterbunden werden. Beim „Loch im Westen“ im besetzten und unbefestigten Gebiet tritt das allzu früh von neuem in die Erscheinung. Trotz Verbote und Androhung hoher Strafen schmuggelt man Waren ohne Einfuhrbewilligung vom Ausland ein und bringt sie als „Auslandsware“ zu enorm hohen Preisen an den Mann. Köln wird mit dem Namen „das große Hauptquartier der Schieber“ bezeichnet, obwohl es von englischen Truppen besetzt ist. Welcher Art diese Handelsgeschäfte sind, zeigt Rudolf Wißel in einem Beispiel aus Holland in einem Artikel mit der Überschrift „Freies Spiel der Kräfte“ in den „Sozialistischen Monatsheften“. Er sagt dort: „Der holländische Exporteur verkaufte am 1. August 1919 dem deutschen Importeur für, sagen wir, 1 Million Gulden Kaffee. Dieser verkaufte am 1. September 1919 denselben Kaffee, der noch nicht aus Holland herausgekommen war, seinem Verkäufer für angenommenen 900 000 Gulden zurück. Nominal hatte er einen Schaden von 100 000 Gulden, in Wirklichkeit hat er 724 000 Mk. verdient, denn die 1 Million Gulden, die er am 1. August brauchte, kosteten ihn 6504 000 Mk., die 900 000 Gulden, die er nunmehr zurück erhielt, brachten ihm am 1. September 1919 7228 908 Mk. Ist ein Geschäft auch nicht immer so klar, so geht unzweifelhaft daraus hervor, daß das Geld mit Scheffeln verdient wird, im Inland wie im Auslandhandel.“

Den Unterschied zwischen Wissenschaftler „Planwirtschaft“ und „gebundener“ Wirtschaftspolitik der jetzigen deutschen Regierung lassen wir hierbei außer acht, wollen nur hervorheben, daß beide Teile nur das Allernotwendigste vom Ausland eingeführt wissen wollen. Und dazu gehören Lebensmittel und Rohstoffe, um produzieren zu können. Das „Loch im Westen“ soll jetzt verstopft werden durch eine sogenannte Rheinkontrolle im Landespolizeiamt in Frankfurt a. M. unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern als Hilfsbeamte, nach der Anordnung bzw. Anregung des Reichswirtschaftsministers und des preussischen Staatskommissars für Volksernährung, worüber in unserer Zeitung schon berichtet wurde. In wenigen Tagen sind neuerdings an 9 Millionen Mark Butter, Fett, Schokolade, Zucker usw. „verschoben“ worden, diese Waren konnten noch rechtzeitig beschlagnahmt und der Gemeinwirtschaft zugeführt werden. In Elberfeld soll eine „Wucherzentrale“ für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu dem gleichen Zweck errichtet werden, wie auch in anderen großen Städten.

Das Ausland liefert uns natürlich nur Waren, um Geschäfte zu machen, nicht unserer schönen Augen wegen. Und da steht es diesen Schiebergeschäften mit Gemütsruhe zu, solange der Stand unserer Valuta ein so niedriger ist. Bei den aus-

ländischen Produzenten gelten wir darum trotz unserer hohen Inlandpreise auf dem Weltmarkt als Preisschleuderer, im Gegensatz zu den ausländischen Importeuren, die unsere Produkte begrüßen, weil sie daran gut verdienen. Auch aus deutschen Industriellenteilen und ihrer Presse erschallt jetzt der Ruf nach Ausgleich der Weltmarktpreise, denn der Schleichhandel lebt nur von dieser Preisbifferenz. Das hatte auch den Plan der Regierung zur Folge, für die einzelnen Exportzweige Preisprüfungsstellen einzurichten. Bis zu dieser neuen Regelung müssen noch immer zur Preisfestlegung im Inland für die aus dem Ausland bezogenen notwendigen Lebensmittel beträchtliche Summen aus dem Reichsäckel zur Verfügung gestellt werden. Zu all diesen Schwierigkeiten kommt noch die Blockade der Ostsee, als Vergeltungsmaßnahme seitens der Ententemächte über uns verhängt, weil, wie es heißt, in den baltischen Staaten deutsche Truppen sich weigern, den Anordnungen der deutschen Regierung zur Räumung der besetzten Gebiete Folge zu leisten. Wir befinden uns in einem absoluten Abhängigkeitsverhältnis infolge des uns bittersten Friedensvertrages. Durch die neuerdings erfolgte Freigabe der Rüstungsschiffahrt ist zwar die Blockade etwas gemildert, aber der Verkehr mit den neutralen Nordländern ist unterbunden. Wie wir in der Tagespresse lesen konnten, lagern Kartoffeln und Fleisch auf deutschen Schiffen abgangsbereit in dänischen Häfen, wegen der Ostseeblockade können sie nicht fahren. Jedes deutsche Schiff, das auf offener See betroffen wird, verfällt den siegreichen Mächten. Die Belieferung von Fischen, ein notwendiges Nahrungsmittel bei unserem Fleischmangel, wird dadurch außerordentlich erschwert. Dasselbe trifft zu auf Sendung von Bedürfniswaren aus Amerika infolge der beschränkten Transportmittel und der hohen Frachtarife.

Aus alledem ersehen wir die Schwierigkeit, Deutschlands Bevölkerung lebenskräftig und arbeitsfreudig zu erhalten. Die Löhne sind zwar wesentlich gestiegen, bei weiterer Preiserhöhung der notwendigsten Bedürfnisse des täglichen Lebens ist eine weitere Steigerung der Löhne jedoch unabwendbar, und so geht es im Kreislauf fort. Es ist das kein gesunder Zustand, der aber solange andauern wird, bis ein wahrer Friedenszustand mit allen Kulturvölkern des Erdballs wieder hergestellt ist.

### Soziales.

#### Ein Volksgericht über den Krieg.

Das blutige Drama des Weltkrieges findet jetzt ein moralisches Nachspiel in den Untersuchungs-ausschüssen der Nationalversammlung. Es mag die Meinung sich herausgebildet haben, daß es besser sei, die Dinge auf sich beruhen zu lassen, da mit der Lösung der Schuldfrage an all dem Grauen, das die Welt sah, jetzt doch nichts mehr geändert werden kann. Soll aber ernstlich dem Weltfrieden zugestrebt werden, dann ist es vor allem nötig, die gift-schwangere Atmosphäre zu beseitigen, die über dem Krieg hinaus noch auf der Menschheit lastet. Nicht Würdelosigkeit ist es, die die deutsche Volksvertretung zu einer rücksichtslosen Aufdeckung auch der eigenen nationalen Schuld treibt, sondern die Hoffnung, daß mit der restlossten Aufklärung der Schuldfrage die Bahn zu einer wirklichen Völkerverständigung frei wird. Schon die Tatsache, daß die Verhandlungen in aller Öffentlichkeit geführt werden, muß jeden Zweifel daran erstickt, daß nicht wenigstens das deutsche Volk die Wahrheit und Klarheit will. Es will die brutale Gewalt ersetzen durch die moralische Macht des Rechts. Das siegreiche Ausland sollte sich die Frage vorlegen, ob es dieses ehrliche Tun dadurch stören muß, daß es auf seinen Schein besteht und die Auslieferung der Personen verlangt, die es für schuldig hält.

Bei der Untersuchung der Schuld von Personen und Völkern an einem Krieg darf nie übersehen werden, die Einwirkung der wirtschaftlichen Einflüsse und Mächte. Besonders die Gewerkschaftler wissen, daß die Handlungen, auch der Kapitalisten, nicht lediglich bestimmt werden von gut und böse. Sie vergessen auch nie, daß die tieferen Ursachen für den Weltkrieg im Kapitalismus liegen. Der Weltkrieg war in seinen letzten Zielen ein Kampf um die imperialistische Weltübermacht. Beide Mächtegruppen setzten alles ein, um für sich die Herrschaft zu gewinnen. Trotz aller wirtschaftlichen Kräfte, die zum Krieg drängten, blieb für die Mächtigen im Staat aber ein hohes Maß von Verantwortlichkeit an der Gestaltung der Dinge. Diese soll nun für die Deutsche Republik so geklärt werden, daß gegebenenfalls auch die in Frage kommenden Personen zur Rechenschaft gezogen werden können. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich als bisheriges Resultat der Untersuchungen, daß die deutschen Gewalttäter 1914 dem Krieg außerordentlich leichtfertig gegenüberstanden, und daß ihr Verhalten gegenüber Österreich dieses geradezu zur Anzettelung des Krieges trieb. Erst als die Lunte schon ans Pulverfaß gelegt war, kam mit der Erkenntnis des „zu spät“ auch die des Schrecklichen, das angerichtet worden war.

Recht oft war den früheren Staatsmännern und den Volkskreisen, die ihnen blind folgten, gesagt worden, daß zwar der erste Schritt zum Krieg von den jeweilig Mächtigen bestimmt werde, nicht aber der Ausgang, der Niederlage und Revolution bringen könne. Aber diese blinden Soren sahen nicht oder konnten nicht sehen. Deshalb hatten wir auch selbst im Krieg keine klare Politik. Das Durcheinander wurde obendrein noch vermehrt durch den militärischen Überwitz, der hinsichtlich des zu erreichenden Friedens immer erneut verpackte Gelegenheiten gebracht hat. Gerade weil wir an der deutschen Selbstbehauptung ein Interesse hatten und uns dafür einsetzten, die Niederlage des eigenen Landes zu vermeiden, bedauern wir die Tatsachen, die jetzt festgestellt werden, da sie



zur Verlängerung und Ausdehnung des Krieges und schließlich zum Zusammenbruch führen mußten. Wir lernen auch die Schuldigen kennen, die zu diesem Verhängnis in so erschreckender Weise beigetragen haben.

Auf die deutsche prohabe Überheblichkeit blieb schon bei Kriegsbeginn ohne Eindruck, daß Italien die Bundespflicht nicht anerkennen wollte. Eine Überraschung bildete diese Tatsache für die Machthaber der Mittelmächte nicht, denn sie kannten die Spannung, die schon seit Jahren bestand, die aber dem Voss erst später offenbar werden sollte. Würde durch das Verlangen Italiens und durch den Einfall in Belgien das Verhältnis für Deutschland besonders ungünstig, so hätte erwartet werden dürfen, daß keine Gelegenheit unbenutzt vorüberging, um zu einem Abschluß der einmal begonnenen blutigen Auseinandersetzungen zu kommen. Wo sich während des Krieges Wege zum Frieden öffneten, da nahm man an, daß sie beschritten worden seien. Die Verhandlungen im Untersuchungsausschuß lassen aber erkennen, daß das Gegenteil geübt worden ist.

Am deutlichsten zeigt sich das in dem Verhalten gegenüber Amerika. Durchaus erklärlich war es, daß die Haltung Amerikas durch seine Belieferung der Entente mit Ware und Geld stark beeinflusst war und es deshalb an einem Sieg der Verbündeten ein Interesse hatte. Zwischen der wenig wohlwollenden Neutralität Amerikas gegenüber Deutschland und einer offenen Feindseligkeit bestand aber ein großer Unterschied. Bei allen Schwächen hätten kluge Diplomaten es dahin bringen können, daß Amerika vom Krieg fernblieb, damit seine Macht für die Friedensvermittlung erhalten bzw. gewonnen wurde. Bei der näheren Prüfung der Geschichte zeigt sich jetzt, daß es nicht nur Schuldige am Krieg gibt, sondern auch solche, die mit schwerster Schuld deshalb belastet sind, weil sie es verhindert haben, daß ein Verständigungsfriede zu rechter Zeit kam.

Nachdem die Geheimtaten überprüft sind, stellt sich heraus, wie verbrecherisch gegenüber dem deutschen Volk gehandelt worden ist. Obwohl die deutsche Regierung den amerikanischen Präsidenten zu Friedensbemühungen anreizte, waren gleichzeitig deutsche Kräfte am Werk, um den Erfolg zu verhindern! Als kurz vor Weihnachten 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte herauskam, da ahnten wohl nur wenige, daß mit diesem eine scharfe Brüstung Wilsons herbeigeführt wurde, denn es wurden dessen Friedensbemühungen damit durchkreuzt. Die Militärkamarilla nutzte frecher denn je gegenüber einer lahmen Politik ihre Macht aus, und sie setzte im Anschluß daran dann auch den verächtlichsten U-Boot-Krieg durch. Der damalige Reichkanzler suchte sein Nachgeben gegenüber den Militaristen durch folgende Entschuldigung zu begründen, die er gegenüber dem Grafen Bernstorff äußerte:

„Wilson's Vermittlung ist in Deutschland so unpopulär, daß ich damit im Reichstag nicht durchgekommen wäre. Es würde nur die Sozialdemokratie sich damit einverstanden erklärt haben und keine andere Partei. Einen legitimen faulen Frieden konnte ich auch nicht schließen, ohne die letzte Waffe zu gebrauchen, die im deutschen Volk als die scharfe betrachtet wird, und von der es glaubt, daß sie zum Sieg führt.“

Wichtig ist die Feststellung, daß allein die Arbeiterführer und ihr geschulter Anhang sich von der Propaganda des U-Boot-Krieges nicht hatten einfangen lassen. Denn wenn damals weitere Kreise an den Erfolg des U-Boot-Krieges glaubten, so deshalb, weil der ganze Apparat der öffentlichen Meinungsmache die verrücktesten Erwartungen erzeugt hat. Ohne daß im einzelnen schon alles geklärt ist, zeigt sich im Hintergrund die Gestalt des Erbprinzen, des damals so gefeierten militärischen Vergotts. Wer er es hoch, der großsprecherisch gegenüber dem Grafen Bernstorff nach am 4. Mai 1917 meinte: „Sie haben Frieden in Amerika machen wollen? ... Ja, aber wir haben nicht gewollt. In drei Monaten ist England fertig.“ Selbstverständlich war dieser Militarist nicht der einzige Gewaltmensch, der die Hoffnungen pflegte, seine Kräfte überall einschlagen zu können.

Stolz aller Vermittlungen muß anerkannt werden, daß Wilson von einem idealen Beschreiben befreit war. Behindert wurde er nicht nur durch die Eroberungsgelüste der Entente, sondern auch durch den Kapitalismus und die Kriegseliten im eigenen Land. Hier hatte er mit gewaltigen Größen zu rechnen, deren Überwindung ihm nicht erspart werden dürfte durch Maßnahmen, die von Deutschland ausgingen. Gewiß hätte Wilson keinen Erfolg gehabt bei seinen Versuchen, die Gläubiger für Deutschland zu mildern, geküßt war er aber auch durch die Verleumdungen der „Lithuania“ und der „Enfer“. Aber den Verleumdungen trümpften die brutalen Gewalten. Und als schließlich die überspannten deutschen Willkür den verächtlichen U-Boot-Krieg durchsetzten, da hatten die amerikanischen Sozialisten den letzten Grund zum Krieg, der ihre bisherige Haltung gegen Deutschland nicht gestützt hatte. Denn wenn das U-Boot-Kriegs-Kauf, und verhängt wurde es noch durch die Zugeständigung der mit der Revolution in Rußland lebendig gewordenen Friedenshoffnungen.

Wichtigsten Büchlein die Untersuchungen in den einzelnen Kreislagen der Nationalversammlung noch lange nicht sein. Es kommt nicht nur darauf an, die Schuldigen zu überführen, sondern vor allem darauf, daß die Völker aus der gewaltigen Schuld der Schuldigen lernen, daß sie alles auf sich nehmen und die Schuldigen Kräfte zu setzen für eine Verhinderung der Wiederholung der Völker. Nur so führt die Völkergeschichte zum beständigen Völkergerecht.

**Die Fleischversorgung.**

Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau bei Schlachtungen im Preussischen Staat für das Jahr 1918. Aus ihr gewinnt man einen Anhalt für das Maß der Verschlechterung, welche die Fleischversorgung im Jahre 1918 erfahren hat. Die Statistik unterscheidet zwischen ordnungsmäßigen Schlachtungen und Schlachtungen, bei denen eine Beschau der Tiere im laufenden Zustand nicht stattgefunden hat. Zusammen wurden geschlachtet:

	Zahl der Schlachtungen		Schlachtungen im Jahr 1918 im Vergleich zum Jahr 1917	
	1918	1917	absolut	in Prozent
Pferde u. andere Einhufer . . .	283487	116870	117867	101,00
Ochsen . . . . .	244004	240307	1403	0,57
Bullen . . . . .	403270	413056	9774	2,37
Rühe . . . . .	1064650	1150306	85650	7,49
Jungvinder über drei Monate alt	1206453	726881	479574	66,98
Rälber unter drei Monate alt . . .	780535	149082	530270	35,50
Schweine . . . . .	1472289	3490838	2018370	57,82
Schafe . . . . .	879275	545445	166173	30,47
Ziegen . . . . .	281852	182080	98110	74,09
Gänse . . . . .	5016	5422	406	7,49

Im Jahre 1918 hat demnach die Zahl der geschlachteten Ziegen eine beträchtliche Zunahme erfahren, und ebenso ist die Zahl der geschlachteten Jungvinder gestiegen. Dagegen ist bei den übrigen Tieren ein starker Rückgang zu verzeichnen, der bei den Schweinen am stärksten ins Gewicht fällt. Eine eigene Stellung nehmen in dieser Statistik die Pferde ein, von denen im Jahre 1918 mehr als die doppelte Zahl wie im Jahre 1917 geschlachtet wurden. Die Zahl der geschlachteten Gänse hat sich etwas vermindert. Der Rückgang der Fleischversorgung würde noch deutlicher in Erscheinung treten, wenn die Statistik auch das Gewicht der Schlachttiere berücksichtigen würde. Immerhin zeigen auch diese Zahlen deutlich genug die fortgeschrittene Verschlechterung der Fleischversorgung, denn die Schlachtungen im Jahre 1917 blieben schon beträchtlich hinter denen der Friedenszeit zurück. Das Jahr 1919 wird ein noch viel schlechteres Ergebnis zeitigen. Nicht verächtlich sind die „Schwarzschlachtungen“, denen es das zahlungsfähige Publikum zu danken hat, daß seine Fleischversorgung keine Not litt, während die breite Masse des Volkes notgedrungen immer mehr zur vegetarischen Lebensweise übergehen muß.

**Sozialpolitische Beträge im Auslandsdienst.**

Den nachstehenden interessanten Aufsatz entnehmen wir dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission:

Der schwedische Reichstag hatte im letzten Winter eine Regierungsvorlage über die Reform des Auslandsdienstes zu erledigen, durch die eine insbesondere für die Arbeiterschaft äußerst wertvolle Einrichtung geschaffen wurde. Die vom Reichstag angenommene Vorlage sieht die Anstellung von zunächst vier Sozialattachés vor, die in London, Paris, Berlin und Washington den Gewerkschaften als sozialpolitische Berater beigegeben werden. Ihre Aufgaben wurden dahin präzisiert, daß sie die soziale Gesetzgebung und Verwaltung, die Lage des Arbeitsmarktes und andere soziale Vorgänge des fremden Landes verfolgen sollen und durch regelmäßige Berichte und Enquêtes in besonderen Fragen die Gewerkschaften instand setzen, die interessierten heimatischen Behörden, Organisationen und Einzelpersonen mit Informationen zu versehen. Sie sollen ferner bestrebt sein, die Interessen der eigenen Landesangehörigen im fremden Lande wahrzunehmen, was insbesondere für die wandernden Arbeiter von größter Bedeutung werden kann. Auch fällt ihnen die Aufgabe zu, das schwedische Vereinswesen im fremden Land, besonders auf dem Gebiet der sozialen Bildung und Unterstützungsbestrebungen, zu fördern. Ferner sollen sie dem Ausland Kenntnis der sozialen Verhältnisse ihrer Heimat vermitteln.

Diese neue Einrichtung, die Schweden hiermit anderen Ländern voran geschickt hat, ist auf das lebhafteste zu begrüßen. Sie gab wohl die Anregung zu dem Vorschlag des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam, der die Anstellung von Sozialattachés fordert und den Wunsch ausdrückt, daß die Auswahl der Personen im Einvernehmen mit den Gewerkschaften erfolgt. Die schwedischen Gewerkschaften haben dementsprechend für den Posten in Paris in unfernen Genossen Wilhelm Janzon in Vorschlag gebracht, der, nachdem die zuständigen amtlichen Stellen sich zum Ausdruck geäußert haben, nunmehr von der schwedischen Regierung benannt worden ist. Janzon handelt damit aus der Reaktion unserer „Corr.“ aus, der er seit dem 1. Oktober 1906 angehört, nachdem er seit 1900 ständiger Mitarbeiter für „Ländliche Gegenwart“ war.

In Deutschland ist die Einrichtung ebenfalls erwogen worden. Insbesondere hat der Direktor der Generalkommission bei den Beratungen im Reichsministerium den Wunsch ausgesprochen, daß der Kenntnis und Gefährlichkeit in den Ländern, wohin der deutsche Auswanderungsstrom sich hinzieht, Personen benannt werden, die durch ihre bisherige Tätigkeit und ihre sozialen Kenntnisse befähigt sind, den Auswanderern im fremden Land behilflich zu sein. Die Anregungen sind von amtlicher Seite begrüßt worden, und es wurde in Aussicht gestellt, daß solche Einrichtungen an zu händiger Stelle beiderseitig zu sein. Inzwischen ist die Sache einen Schritt weiter gekommen. Bei der Wiederannahme der politischen Beziehungen zu Italien wird beabsichtigt, einen Sozialattaché der Gewerkschaft beigegeben, der die gerade in unserer Zeitungen zu Italien so wichtigen sozialpolitischen Fragen bearbeiten soll. Im Einvernehmen mit dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes ist zunächst der Genosse Joh. Sassenbach für dieses Amt in Aussicht genommen. Die Gewerkschaften können nur wünschen, daß diese neue Einrichtung von der Regierung oder Länder abgelehnt wird und nicht durch den Weltkrieg in ganz hervorragendem Maße ein sozialer Aufbau sein möge. Nicht nur die sozialen Fragen im internationalen Auslandsdienst werden häufiger oder ganz ignoriert. Während man die kapitalistischen

Interessen durch Konsulate und Handelsattachés, die mittelschen durch Militär- und Marineattachés fördert, ließ man das für die Verständigung der Völker so ungeheuer wichtige Gebiet der sozialen Fragen und Reformen bei der Organisation des Auslandsdienstes beiseite. Es ist die höchste Zeit, daß mit diesem System endgültig gebrochen wird, und daß mit der neuen Aufgabe der sozialpolitischen Vertretung Auslandsdienst Persönlichkeiten betraut werden, die durch bisherige Tätigkeit ihr Verständnis für die Bedeutung der sozialpolitischen Probleme und der sozialen Beziehungen der Völker bewiesen haben.

**Verbandsnachrichten.**

**Verlautbarungen des Vorstandes.**  
Mit dem Erscheinen dieser Zeitung Nummer 18 der 45. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

**Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.**

Verlangt: Holzbildhauer nach Bildeshalm (18 bis 3,50 Mt.), Bremen (mittl.), 2,90 bis 3,00 Mt.), Bielefeld (mittl.), Braunschweig, Leipzig (3 bis 3,20 Mt.), München (mittl.), Th. (best. 46 Stb. 3,50 Mt.), Finsterwalde (mittl.) und einl. 47 Stb., 2 bis 2,25 Mt.), Großa. D. (mittl.), Großsch. (mittl.), München (2 bis 3 Mt.), Würzburg (mittl.). Restlichen wollen schriftlich nach hier wenden (Berlin SO, 18, Am Abt. des Reichs-Verl. 2, „Solzarbeiter-Zeitung“).

Die Bekleidung einer freien Stelle in Vertriebsabteilung Oberbayern hat ein Kollege mit Recht darum abgelehnt, weil für eine in ornamentalen und figürlichen Arbeiten bewanderte Kraft ein „Monatlohn“ Stundenlohn von 2 Mt. angeboten wird bei neun Stunden Arbeit. Die Revolution scheint also spurlos dort vorübergegangen zu sein.  
P. Dupont

**Korrespondenzen.**

**Bromberg.** (Bildhauer.) Unsere Kollegen haben nun eine eigene Sektion im Deutschen Solzarbeiter-Verband gebildet. In der ersten Versammlung begrüßte der Bevollmächtigte der besten Verbandsabteilung, Kollege Krüger, die Kollegen mit warmen Worten. Er besprach die Bedeutung des Abtritts und ermahnte die Bildhauer, in der neuen Organisation unermüdet für die Förderung der Interessen der Berufsangehörigen zu wirken; der Rückhalt, den sie in der großen Organisation finden, wird ihnen dabei sehr zustoßen kommen. Als Sektionsleiter wurde Kollege S. Queker, Pringenhöhe 82, gewählt.

**Köln.** In der Generalversammlung am 21. Oktober hielt der Privatdozent Dr. Wilhelm Poppelreuter einen Vortrag über Arbeitspsychologie und psychologische Berufsausswahl, der sehr anregend war. Er schilderte an Hand von Bildnissen einige hauptsächlich Methoden der experimentellen Psychologie. Er berichtete dann — unter scharfer Hervorhebung des tiefgreifenden Unterschiedes gegenüber dem Taylor-System — die Ziele der psychologischen Ökonomik, d. h. der Lehre, wie durch passende psychologische Gestaltung der Arbeitsvorgänge sowohl eine Erhöhung der Produktion als auch ein Vermeiden schädlichen Ermüdens und Kraftverbrauchs bewirkt werden könne. Die psychologische Berufsausswahl, die auch in den Beschlüssen des 10. Gewerkschaftskongresses gefordert wird, solle dazu dienen, die Kategorie der industriellen Facharbeiter, die der Taylorismus zu zerstören im Begriff war, wieder zu stärken. Die gesetzten Ziele könnten aber nur dann verwirklicht werden, wenn die Arbeiterschaft hier Hand in Hand mit der Wissenschaft gehen werde. In diesem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion an, die zeigte, daß die Arbeiterschaft sich sehr wohl der Tragweite der Probleme bewußt ist. Die Verdrängung des Einzelnen, daß in der Hand von egoistischen Arbeitgebern die psychologische Methodik auch zu einer Waffe gegen die Arbeiterklasse werden könne, gab der Vortragende in seinem Schlußwort zu, indem er auf die in Amerika 1914 stattgehabte Revision der Taylor-Verträge durch eine Staatskommission verwies. Dem wurde aber einerseits durch die Mitharbeit und Kontrolle der Arbeiter selbst, andererseits durch zweckmäßige staatliche Überwachungsorgane begegnet werden können, so daß hier letzten Endes doch gemächliche Vorteile der Allgemeinheit überwiegen. — Aus dem dann erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß das verhoffene dritte Quartal das bewegteste seit langer Zeit war. Infolge der Verzögerung der Reichsratverhandlungen traten auch in Köln die Kollegen in den Streik, der nach zweitägiger Dauer durch eine Vereinbarung beendet wurde. Auch in den übrigen Branchen fanden erfolgreiche Lohnbewegungen zum Teil mit Streiks statt. Zu erwähnen sind die Lohnbewegungen der Sägereiarbeiter, der Bergarbeiter, der Maschinenführer in den Maschinenfabriken, der Parteilager, der Kolonnenführer in der Maschinenfabrik und der Stellmacher in der Karosserie- und Wagenfabrik. In sämtlichen Lohnbewegungen nahmen rund 4300 Kollegen und Kolleginnen teil, an den Streiks 1627. Die Lohnbewegungen schwankten zwischen 14 Mt. und 25 Mt. pro Woche für den einzelnen. Trotz dieses verhältnismäßig günstigen Ergebnisses ist die Lage leider nicht ausgefallen, sondern der alte Zustand besteht weiter. Es kam zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Konsumtion liegen. Die konsumierende Masse müsse etwas mehr zur Selbsthilfe greifen. Die Kraft und Energie, welche in der Gewerkschaftsbewegung erfolgreich wirkt, könne auch auf das Gebiet der Konsumtion übertragen werden. Allerdings müßten Staats- und Gemeindebehörden ebenfalls energischer eingreifen. Die Mitgliederzunahme ist wiederum sehr erfreulich. Die Mitgliederzahl liegt von 3707 im zweiten auf 4359 im dritten Quartal, darunter 546 Neuzugänge. Kollege Wendler ermahnte die Kollegen, die Einheit der Organisation zu wahren. Was sich in der Sozialistenversammlung im März nicht gezeigt habe, sei für die Arbeiterklasse nicht ergebend. Wenn über die „Kriegspolitik“ schimpfen, würden das selbe tun, wenn wir den Krieg gewonnen hätten. Allerdings wäre dann ein entgegengelegter Sinn über die Gewerkschaften und deren Führer hergezogen worden sein. Solche unangelegten Elemente



Selen eben für Lebe-Demagogie zu haben. Wenn auch unter den Holzarbeitern...

Obernischen. Die Revolution ist auch in Obernischen an den Arbeitern nicht spurlos vorübergegangen. Trotz Unstiller Arbeit einiger Kollegen...

Unsere Lohnbewegung.

Sägerklassen für Niederschlesien.

Mit Gültigkeit vom 1. November 1919 bis 31. Oktober 1920 ist mit dem Arbeitgeberverband für die Sägewerksindustrie Niederschlesiens ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden.

Table with 4 columns: a) für eingearbeitete Watterführer, b) für Arbeiter an Wendel-, Kreisl- und Bandsägen, c) für solche im Alter von 18 bis 20 Jahren, d) für Plag- und Sägearbeiter über 20 Jahre, e) für solche im Alter von 16 bis 20 Jahren, f) für Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren, g) für Arbeiterinnen über 18 Jahre, h) für Arbeiterinnen von 18 bis 18 Jahren.

Gegenüber den bisherigen Lohnsätzen ist damit eine Lohn-erhöhung von 20 bis 35 Pf. pro Stunde gegeben, soweit nicht durch die Verlegung in eine höhere Ortsklasse eine weitere Lohnsteigerung bedingt ist.

In Angermünde haben die Fürstenaacher der Firma Kraus die Arbeit eingestellt, weil ihnen nur ganz geringfügige Lohnaufbesserungen zugewandt wurden.

In Brandenburg a. d. H. ist in den gemischten Betrieben nach sechsstägiger Verhandlung unter Mitwirkung des Schlichtungsausschusses ein Tarifvertrag abgeschlossen worden.

In Bromberg haben Verhandlungen wegen der Durchführung des Reichstarifs stattgefunden. Die geringfügigen Zugeständnisse, welche hierbei gemacht waren, wurden von der Vereinigung der Unternehmer abgelehnt.

In Düsseldorf wurde nach mehrtägigen Verhandlungen eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Arbeitgeber den Reichstarif grundsätzlich mit wenigen unwesentlichen Änderungen anerkennen.

In Eisenach ist es zu einem Teilsieg in der Fahrzeugausschreibung mit etwa 2500 Beschäftigten, darunter 150 Holzarbeiter, die Eisen Metallarbeiter und Holzarbeiter, gekommen.

In Eisenberg haben Verhandlungen stattgefunden, aber zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber verweigern die Anerkennung des Reichstarifs, weil der bisherige Tarif noch Gültigkeit habe.

In Eisleben sind die Korbmacher am 16. Oktober in den Streik getreten, weil die Unternehmer es ablehnten, über den Reichstarif zu verhandeln.

In Elz (Kreis Limburg a. d. Lahn) haben die Kollegen der Kammlindstraße durch Einigkeit und festes Zusammenhalten einen großen Erfolg erzielt.

In Göttingen ist durch Eingreifen des Schlichtungsausschusses eine Vereinbarung getroffen worden. Arbeitszeit und Lohnsätze des Reichstarifs wurden anerkannt.

In Göttingen ist der Streik nach dreiwöchiger Dauer beendet. Der Kampf wurde in der Hauptsache um die beiden Abschnitte 11 und 12 im Reichstarif, die Arbeiterauschüsse und die Regelung der Lehrlingsverhältnisse betreffend, geführt.

In Grauberg ist eine erneute Verhandlung von Seiten der Unternehmer abgebrochen worden. Die von unseren Kollegen beabsichtigte Weiterführung des Streiks erwies sich als unmöglich.

In Halberstadt ist der Streik nun auch in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Dehne durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses beigelegt und die Arbeit wiederaufgenommen worden.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

In Halle dauert der Streik fort. Unsere Kollegen haben, wie bereits berichtet, den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch abgelehnt.

Verhalten der Unternehmer bei vielen anderen wichtigen Punkten beigetragen. Der Streik geht darum weiter.

In Böhmen sind die Kollegen in den Streik getreten, nachdem die Arbeitgeber jede Verhandlung abgelehnt hatten.

In München hat der Erste Bürgermeister Schritte zur Vollegung des Schlichtertrikts unternommen. Auf seine Veranlassung hat das Ministerium für soziale Fürsorge Verhandlungen eingeleitet.

In München haben die Sozialbauern infolge ihrer letzten Lohnbewegung nicht 15 Pf., wie es vertraglich in Nr. 42 heißt, sondern 60 Pf. pro Stunde Lohnsteigerung erzielt.

In Quakenbrunn ist der Streik der Fürstenaacher beendet. Es ist ein Grundvertrag zustande gekommen.

In Stalupönen ist bei der Firma Klein Schmidt der Streik der Sägereiarbeiter durch Verhandlungen mit Erfolg beendet worden.

In Tüft ist der Streik der Stelmacher beendet, die Arbeit wurde am 20. Oktober wiederaufgenommen.

In Ulzburg ist eine Einigung zustande gekommen, wonach der Reichstarif, unter Zurückstellung der Absätze XI und XII bis zu einer späteren allgemeinen Regelung, in allen Abteilen erhalten bleibt.

Am 27. Oktober ist die Arbeit nach fünfwöchigem Streik wieder aufgenommen worden.

Aus der Holzindustrie.

Mehr Schutz für die Maschinenarbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat an die Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet, in welcher eine Umgestaltung der in Betracht kommenden Bestimmungen in der Verfassung und Verfassung gefordert wird.

- 1. Den Herstellern von Holzbearbeitungsmaschinen ist zur Pflicht zu machen, die für die Maschinen notwendigen Schutzvorrichtungen mitzuliefern.
2. Jede im Betrieb befindliche Maschine muß mit einer Vorrichtung versehen sein, um sie unabhängig von anderen Maschinen zum Stillstand bringen zu können.
3. Als Arbeiterräume dürfen nur solche Räume zugelassen werden, in denen zu Tageszeiten künstliches Licht nicht gebrannt werden braucht.
4. Die Benutzung von Werkstätten für maschinelle Holzbearbeitungsbetriebe ist zu verbieten.
5. Als Betriebswerkstätten dürfen nur Holzwarenräume in Benutzung genommen werden.
6. Bei neu einzurichtenden Betrieben ist die Erlaubnis zur Inbetriebnahme von dem Vorhandensein einer Einrichtungsanlage abhängig zu machen.
7. In der Abrieht- und Dickendrehmaschine ist nur die runde und massive Sicherheitswelle (System Karsten) zu verwenden.
8. Das Rechten von Westen sowie Profilbearbeitung von Holz darf nur auf der mit mechanischem Vortrieb versehenen Reilmaschine vorgenommen werden.
9. Die Beschäftigung von weiblichen Arbeitern an Holzbearbeitungsmaschinen ist zu verbieten.
10. Für heranzubildende Maschinenarbeiter sind gezielte Fortbildungskurse obligatorisch einzuführen.
11. Die Vorkararbeit an Holzbearbeitungsmaschinen ist zu verbieten.
12. Ein Maximalarbeitszeit von acht Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie, der in gesetzlich zu bestimmender Frist auf sechs Stunden täglich herabzusetzen ist.
13. Die Berufsgenossenschaften sind anzukündigen.
14. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes ist den Berufsgenossenschaften aufzulegen, die Aufsichts- und Kontrollorgane in der Weise zu vermehren, daß wiederholte und gründliche Revisionen sämtlicher der Berufsgenossenschaften unterstellten Betriebe alljährlich gewährleistet sind.
15. Die neu einzustellenden Aufsichtsbeamten sind aus den Reihen der Holzarbeiter zu entnehmen.
16. Die Vorschriften über Einrichtung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen sind zu erweitern und zu ihrer Durchführung strengere Maßnahmen zu treffen.
17. Die Gewerbeinspektionsbezirke werden anders organisiert, so daß an Stelle der bisher bestehenden geographisch eingeteilten Bezirke solche treten, die die einzelnen Industriezweige umfassen.
18. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ist in dem Maße zu erhöhen, daß eine gründliche und wiederholte Revision aller Betriebe alljährlich möglich ist.
19. Die fehlenden Gewerbebeamten sind aus den Reihen der Arbeiter zu entnehmen.
20. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind mit vollständiger Strafbefugnis auszustatten.



21. Die Bestimmungen über Unfallschutz sowie die hygienischen und sanitären Maßnahmen in den §§ 120 a und 120 c der Reichsgewerbeordnung sind zu erweitern.

22. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den erlassenen Vorschriften zuwiderhandeln, sind nach vorausgehender Verwarnung im Wiederholungsfall mit Geldstrafen zu belegen. Gegen Betriebsunternehmer, die sich hartnäckige Widerlegungen und Übertretungen der gesetzlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen, ist nach richterlicher Entscheidung Gefängnisstrafe anzuwenden; gegebenenfalls ist ihnen das Recht zur Führung solcher Betriebe zu entziehen.

Diesen Forderungen ist eine umfangreiche Begründung beigegeben. In ihr heißt es u. a. hinsichtlich der Forderung nach ausreichenden und proflischen Schutzvorrichtungen: „Sehr zu Unrecht wird den Maschinenarbeitern der Vorwurf gemacht, daß sie den Schutzvorrichtungen kein genügendes Interesse entgegenbringen und aus Gründen der Bequemlichkeit vorhandene Schutzvorrichtungen nicht anwenden. In Wirklichkeit sind die vorhandenen Schutzvorrichtungen häufig nicht zu benutzen, weil diese für die auszuführende Arbeit unpraktisch oder überhaupt nicht zu gebrauchen sind. Nach dem heutigen Stand der Technik ist es aber sehr gut möglich, geeignete Schutzvorrichtungen oder Maschinen herzustellen, bei deren Verwendung die Unfallgefahren wesentlich herabgemindert werden.“

Zur Begründung der Forderung nach Auflösung der Berufsgenossenschaften wird darauf hingewiesen, daß die von diesen ausgeübte Revisionsstätigkeit sehr mangelhaft ist, und daß sie es an Energie fehlen lassen, was es gilt, die Unternehmer zur Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften anzuhalten. Die Zusammenlegung der Berufsgenossenschaftsvorstände ausschließlich aus Arbeitgebern bietet keine Gewähr für die Förderung des Arbeiterschutzes. Außerdem wird die Tatsache erwähnt, daß die Revisionsarbeit sehr niedrig und oft erst auf dem Klageweg erkämpft werden müssen. Aber auch die Mängel des Instituts der Gewerbeinspektion werden hervorgehoben. Die Zahl der Aufsichtsbeamten ist zu klein, und durch die vorherige Annahme des revidierenden Beamten finden die Unternehmer oft Gelegenheit, Mißstände zu verdecken oder für die Dauer der Revision zu beseitigen. Um eine wirksame Kontrolle der Betriebe durchzuführen, muß die Zahl der Aufsichtsbeamten erhöht und durch Arbeiter ergänzt werden.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die gesamte Unfallversicherungsgesetzgebung einer durchgreifenden Änderung bedarf. Die Organisation der Berufsgenossenschaften, bei der die gesamte Verwaltung in die Hände der Unternehmer gelegt und den Arbeitern nur eine zum untergeordneten Mitwirken eingeräumt ist, läßt sich nicht länger rechtfertigen. Begründet wird diese Anschauung der Arbeiter damit, daß die Unternehmer die Kosten der Unfallversicherung allein tragen. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Begründung heute keine Verächtlung mehr hat, kommt dabei noch in Betracht, daß der Unternehmer den Beitrag für die Berufsgenossenschaft keineswegs aus der eigenen Tasche zahlt. Das und, ebenso wie die Beiträge zur Krankenkasse und zur Invaliditätsversicherung, Summen, die dem Ertrag der von den Arbeitern geleisteten Arbeit entnommen und bei der Kalkulation als Unkosten verrechnet werden. Die notwendige Reform der Unfallversicherung läßt sich allerdings nicht von heute auf morgen durchführen, aber hinsichtlich will die Eingabe unseres Verbandsvorstandes als eine Anregung, die notwendige Vorarbeit zu beschleunigen. Dabei wird ernsthaft zu erwägen sein, das Institut der Gewerbeinspektoren durch erhöhte Einstellung von Arbeitern zu erweitern und es in engere Beziehung zur Unfallversicherung zu bringen.

**Englische Holzarbeiter gegen deutsche Kollegen.**

Was unsere in England interniert gewesenen Kollegen von ihren englischen Arbeitsbrüdern zu erwarten haben, wenn sie wieder in England in Arbeit treten wollen, wahren die zahlreichen ehemaligen Auslandsdeutschen aus folgendem Bericht der „Monthly Report“ des Dreion des englischen Möbelarbeiter-Verbandes, berichtet im Oktober. Der Zweigverein Nr. 6 (Londoner Bildhauer) hat dem Hauptverband folgende Resolution überreicht: „Der Zweigverein Nr. 6 fordert, daß der Hauptverband eine Abstimmung im Verband herbeiführt, ob die internierten gewesenen in erheblichen Ausmaß, die Mitglieder dieses Verbandes waren, und die internierten aus der Internierung entlassen werden, wieder als Mitglieder des Verbandes aufgenommen werden sollen. In der Zwischenzeit verweigern die Mitglieder dieses Zweigvereins, mit ihnen zu arbeiten.“

Der Hauptverband lehnte es zwar ab, dieser Aufforderung nachzugeben, und wies darauf hin, daß die Mitglieder gleich behandelt werden müssen, und daß solche Mitglieder in der gleichen Lage gewesen seien wie andere, die auswärts waren, und darum sollte diese Frage nicht aufgeworfen werden. Der Zweigverein Nr. 6 forderte daraufhin den Hauptverband auf, die Sache nochmals zu beraten, und wies auf § 4 des Statuts. Der Vorstand, der nicht zugeben kann, daß § 4 irgendein Stützpunkt ist, kam später zu dem Entschluß, die Sache dem Verband vorzulegen, er weiß aber gleichzeitig darauf hin, daß diese Mitglieder in keiner Weise schuldig sind, gegen die Interessen des Verbandes zu handeln. Teile von ihnen sind eine Reihe von Jahren treu und redliche Gewerkschafter und Mitglieder gewesen und keines Verstoßes schuldig, und als Mitglieder sind sie zu allen Rechten der Mitgliedschaft berechtigt. Die Frage, ob die internierten wieder als solche Kollegen freigegeben internierte Mitglieder das Recht der Mitgliedschaft behalten?

Der Vorstand hat im vergangenen Jahr die Sache dem Zweigverein Nr. 6 abgelehnt und beschlossen, sie zu verhandeln. Betreffend die internierten internierten feindlichen Ausländer Kollegen. Die Regierung erregt bestimmte rechtliche Ansätze, und der Deutsche Hauptverband hat sich bemüht, in mehreren Zweigvereinen. Der Hauptverband hat vor einiger Zeit bekannt, daß er wenn die Verordnungen erlassen hätte, die Sache hätte erledigt. Der Hauptverband hat sich mit dem Zweigverein Nr. 6 gegen § 4, daß die gegenwärtige Zeit für die Rückkehr dieser Ausländer nicht geeignet ist. In Anbetracht des Umstandes, daß in den letzten Jahren ein großer Teil der internierten, daß es die Mitglieder der Zweigvereine

und nicht die Vorstandsangehörigen sind, die mit ihnen zu arbeiten haben, und es ist sehr wesentlich, da wir eine demokratische Körperschaft sind, daß die Stimmen der Mitglieder diese Frage zu entscheiden haben. Liegt darin eine Ungerechtigkeit, diese Leute ihrem Vaterland wiederzugeben? Im umgekehrten Fall, wenn britische Arbeiter in feindlichen Ländern während des Krieges interniert waren und ihrem Vaterland wiedergegeben werden, würden wir es nicht als eine ungerichtete Behandlung betrachten, wenn sie nach England geschickt werden. Wir haben von einem früheren Mitglied unseres Zweigvereins, einem Deutschen, die Mitteilung erhalten, daß die Konjunktur in Deutschland gut ist, und daß im Holzhandwerk wie allgemein im Möbelgewerbe eine starke Nachfrage nach Arbeitern besteht, so daß wir diese Leute nicht ihres Lebensunterhalts berauben würden. Wir empfinden aber, daß ihre Anwesenheit hier eine Quelle der Reibung sein würde. Wir glauben, daß es zum Besten für alle in Betracht kommenden ist, daß sie zurückkehren sollten und ihre eigenen Industrien wiederaufbauen helfen. Wir sind weiter der Ansicht, daß die Regierung an die verschiedenen Gewerkschaften hätte herantreten müssen, ehe sie diese Leute entließ, und um eine Vollmacht der Gewerkschaft an die Regierung zu erlangen, die Entlassung solange einzustellen, bis die Abstimmung erfolgt ist. Es scheint, daß unser Hauptvorstand diese Sache nicht für genügend wichtig betrachtet, aber nach unserer Ansicht ist sie von größter und allseitiger Wichtigkeit nicht nur für die Bildhauer, sondern für das ganze Möbelgewerbe. Wir glauben, daß eine Abstimmung zu unseren Gunsten viel Unruhe und Streit ersparen würde.“

Das Ergebnis der Abstimmung liegt noch nicht vor. Das Begehren des fraglichen Zweigvereins ist aber kennzeichnend für die deutschfeindliche Stimmung, die noch in den Kreisen der englischen Arbeiter herrscht, und gegen die die Zeitung unserer englischen Bruderorganisation hoffentlich nicht vergeblich ankämpft.

**Die Holzindustrie und der Friedensvertrag.**

Die Abtretung großer Landesgebiete, die uns der Friedensvertrag auferlegt, hat nicht nur zur Folge, daß viele Deutsche unter Fremdherrschaft geraten, sie bedeutet auch einen schweren Verlust für unsere Volkswirtschaft. Dieser Verlust betrifft die mannigfaltigen Wirtschaftszweige. Auch die Holzindustrie wird schwer betroffen. In den abzutretenden Gebieten liegen wertvolle Forstflächen, aus welchen seither ein erheblicher Teil unseres Holzbedarfs gedeckt wurde.

Nach der letzten Forststatistik vom Jahre 1913 umfaßte die gesamte für Forsten und Holzungen beruhte Fläche im Deutschen Reich 14 221 171 Hektar, wovon 8 435 808 Hektar auf Preußen entfallen. Auf das Abtretungsgebiet entfällt eine Forstfläche von 1 003 178 Hektar, dazu kommen noch 676 229 Hektar in den Landesanteilen, deren künftige Staatszugehörigkeit erst durch Abstimmen entschieden wird. Das heißt von der Forstfläche des Deutschen Reichs gehen 7,05 Prozent sicher und 4,75 Prozent möglicherweise verloren, also ein Gesamtverlust von eventuell 11,80 Prozent. Weil empfindlicher ist der Verlust für Preußen, von dessen Forstfläche 11,90 Prozent sicher und 8,0 Prozent möglicherweise verlorengehen. Der Gesamtverlust kann also bis 20,9 Prozent betragen.

Wichtiger als der Verlust an Fläche ist der an Holz. Ziehen wir nur den Nugholzertrag in Betracht, so betrug dieser nach der erwähnten Statistik im ganzen Deutschen Reich jährlich, das heißt in dem der Aufnahme der Statistik vorausgegangenen Wirtschaftsjahr, 3 860 658 Festmeter Laubholz und 2 361 370 Festmeter Nadelholz. Allein in Preußen betrug der Nugholzertrag 2 361 370 Festmeter Laub- und 1 307 580 Festmeter Nadelholz. Der sichere und mögliche Verlust Deutschlands und Preußens ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Laubholz	Nadelholz
Deutschland	3 860 658	2 361 370
Preußen	2 361 370	1 307 580
Von diesem Ertrag entfallen auf		
Abtretungsgebiet	198 694	1 727 974
Abstimmungsgebiet	111 726	1 568 908
Comit betragt der Verlust in		
Prozent für		
Deutschland:		
Abtretungsgebiet	5,15	6,95
Abstimmungsgebiet	2,89	6,28
Zusammen	8,04	13,24
Preußen:		
Abtretungsgebiet	8,42	13,21
Abstimmungsgebiet	4,73	11,92
Zusammen	13,15	25,13

Demnach verliert Deutschland von seinem Laubholzertrag mindestens 8,15, von seinem Nadelholzertrag mindestens 6,28 Prozent. Dieser Verlust kann aber bis 20,9 Prozent beim Laubholz und bis 13,24 Prozent beim Nadelholz steigen. Für Preußen allein ist der Verlust noch viel empfindlicher, er kann bis zu 25,13 Prozent bei Laubholz- und 13,24 Prozent bei Nadelholzertrag betragen. In Preußen entfallen 22,6 Prozent der Forstfläche auf Staatsforsten, die einen Gesamtholzertrag von 13 542 548 Festmeter brachten. Von dieser Menge entfallen 2 337 205 Festmeter oder 17,26 Prozent auf das Abtretungsgebiet und 1 427 949 Festmeter oder 11,06 Prozent auf das Abstimmungsgebiet. Das ist ein Verlust, der die Staatsforsten sehr schwer treffen wird. Aber auch die staatliche Holzwirtschaft erleidet einen schweren Schaden, denn die Bedienung des heimischen Holzbedarfs wird durch die Abtretung so bedeutender Erzeugungsgebiete empfindlich beeinträchtigt.

**Ein Wettbewerb für Bildhauer.**

Die Dresdener Sektion der Bildhauer des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes veranstaltete einen Wettbewerb innerhalb der Kollegenschaft zur Erlangung von Entwürfen für Gedächtnisdenkmäler für Gefallene des Weltkrieges sowohl für Vereine und Gewerkschaften als auch zur Heimkehr für in fremder Erde gebliebene Gatten, Väter, Söhne oder Brüder.

Eine solche Tafel wird für die zwölf gefallenen Kollegen der Verwaltung Dresden von den Mitgliedern geschnitten und aus-

führt. Die weiteren Entwürfe sollen in der Weihnachtsmesse der Dresdener Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege (V. V. K.) zur Ausstellung gelangen und zum weiteren Gebrauch anregen sowie zum Verkauf ausgestellt werden. Es gelangen Modelle in Gips und ausgeführte Arbeiten in Holz und Stein zur Ausstellung.

Sollten wir, daß der Versuch gelingt, einen einfachen Denkstein zu schaffen für die, denen die Möglichkeit, ein liebes Grab zu pflegen, genommen ist, der gleichzeitig würdig und einfach ein Heimtschmuck ist im einfachen Arbeiterheim oder Heimgarten. Auswärtige Kollegen wollen sich wenden mit Einladungen von Modellen oder Aufträgen an: Urno Boß, Dresden, Zöllnerstraße 20, III.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Verbandstag der Metallarbeiter.**

Die 14. Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes, die in der Zeit vom 13. bis 22. Oktober in Stuttgart tagte, hat mit Recht die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf sich gelenkt. Der Metallarbeiter-Verband ist mit nahezu 1 1/2 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Gewerkschaft Deutschlands, sondern auf der ganzen Erde. Dieser Umstand war es aber nicht allein, der das große Interesse erregte, sondern die bedeutungsvollen Kämpfe, die in Stuttgart ausgetragen wurden, gaben dieser Tagung ihr besonderes Gepräge.

Der Verbandstag des Metallarbeiter-Verbandes brachte den Unabhängigen einen glatten Sieg. Die gewerkschaftlichen Fragen traten in den zehntägigen Auseinandersetzungen völlig in den Hintergrund, die politischen Meinungsverschiedenheiten, die zur Spaltung der Sozialdemokratie geführt hatten, beherrschten das Feld. Die Unabhängigen streben danach, die Gewerkschaften zu erobern und sie zu einem Stützpunkt für ihre Bestrebungen zu machen. Der seitherige Kurs der Gewerkschaften soll grundsätzlich geändert werden. Soweit es sich um die Erringung negativer Ziele handelt, also um den Kampf gegen die bisherigen Ziele der Gewerkschaften und die bisher befolgten Methoden und im Zusammenhang damit um die Befestigung der Träger der bisherigen Gewerkschaftspolitik, arbeiten Unabhängige und Kommunisten Hand in Hand. Und so ist der Kampf um die Macht in den Gewerkschaften, der sich auf allen Gewerkschaftstagen seit dem Ausbruch der Revolution abgepielt hat, von einer geschlossenen Körperschaft, den „oppositionellen Elementen“, wie sie sich selbst nennen, geführt worden. In ihren politischen Zielen streben diese Elemente auseinander. Vorläufig ist aber dieser Gegensatz noch latent, um so schärfer dürfte er in Erscheinung treten, wenn der Kampf der „oppositionellen Elemente“ auf der ganzen Linie von Erfolg begleitet werden sollte.

Der Generalversammlung der Metallarbeiter ist ein scharfer Wahlkampf vorausgegangen, der mit einem Sieg der Opposition endete. Sie hat von der errungenen Macht rücksichtslosen Gebrauch gemacht und damit gleich bei der Prüfung der Mandate begonnen. Die Abstimmung über die beanstandeten Mandate erfolgte nach dem Stärkerhältnis der Parteien, Konsequenz und Gerechtigkeit spielten dabei keine Rolle. Das ist jedoch minder wichtig, die Tatsache besteht, daß die seitherige Opposition auf der Generalversammlung über die Mehrheit verfügte; auf einige Stimmen mehr oder weniger kommt es dabei nicht an. Die entscheidenden Beschlüsse wurden mit 194 gegen 129 Stimmen gefaßt; die Parteien standen sich also in einem Verhältnis etwa von 3 zu 2 gegenüber.

In der zum Vorstandsbericht angenommenen Resolution vermißt die Generalversammlung die von der Generalkommission und der Verbandsleitung während des Krieges und nach den Novembertagen 1918 eingenommene Haltung und Politik. Von jener Kriegspolitik heißt es, sie führe „zum engsten Zusammenarbeiten mit dem Arbeitgebertum in den sog. Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Vertreter freier Gewerkschaften in halber Eintracht mit den Widersachern der Arbeiterklasse, den Kapitalisten, zusammengesunden haben“. Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, heißt es weiter in der Resolution, „muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend, sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätekaisers einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Sieg des Sozialismus zu führen, mündend in der heggedichen Weltrevolution des Proletariats“.

Am Schluß der Ansprache über die Arbeitsgemeinschaften wurde einer längeren, von Richard Müller eingebrachten Erklärung zuerkennend, in welcher es heißt: „Die als Folgeerscheinungen des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer näher rückenden Endkampfes lassen diese (sozialistische Partei- und freigewerkschaftliche) Organisationen allein nicht mehr genügen. Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisierenden und wirkenden Rätekaisers zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Rätekaisers muß alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erämpfung des Sozialismus vereinigen wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Überleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden. Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkennt die vorstehenden Grundzüge an und ist bereit, eine diesen Grundzügen entsprechende neue Kampf- und Organisationsbasis für den Verband zu schaffen. Sie lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab und erkennt nur das



durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderliche Verhandeln an. Der Vorstand wird ermächtigt, sofort die erforderlichen Vor-

Diese Beschlüsse stehen in gewolltem Gegensatz zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der sich unter anderem für die Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen hat.

Diese Fiktion, die man ja auch aus anderen Gewerkschaften kennt, läßt sich, im ganzen genommen, formell nicht beanstanden.

Nun hat die Partei, die bisher in der Minderheit war, gesiegt, und es wird für die Zukunft der Metallarbeiterorganisation sehr darauf ankommen, wie die siegreiche Partei ihre Macht ausüben wird.

Im Metallarbeiter-Verband ruht nun die Macht bei den Unabhängigen, und sie werden zeigen müssen, wie sie sich die Leitung einer Gewerkschaft vorstellen. Bisher hat sich die Opposition darauf beschränkt, Kritik zu üben.

fahrung hat gezeigt, daß sie in solchen Fällen, es kommen z. B. die Regierung des russischen Ländchens und verschiedene Gemeinde-

Die Gewerkschaftsbewegung hat ihre eigenen, ungeschriebenen Gesetze, die nicht ungestraft verletzt werden dürfen. Die radikale Phrasologie ist ein verhältnismäßig harmloses Vergnügen.

Wir nehmen den Umchwung im Metallarbeiter-Verband nicht sehr traurig. Mit der alten erprobten gewerkschaftlichen Fiktion wird schwerlich gebrochen werden.

In seinem Abschiedsbrief hat Schilde seine Kollegen im Metallarbeiter-Verband daran erinnert, daß Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter erstes Gebot sind.

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands beschäftigte sich auf seinem in Berlin vom 21. bis 25. September abgehaltenen zweiten Verbandstag mit wichtigen Fragen.

5474 im Jahre 1912 und 7426 Ende 1918 auf 80 900 in 126 Zahlstellen gestiegen.

Die vierte internationale Bauarbeiterkonferenz. Die Konferenz tagte vom 6. bis 8. Oktober in Amsterdam, an der teilnehmenden Vertreter von Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Österreich, Norwegen, Schweden und der Schweiz.

Auf die Frage des französischen Delegierten, was der leitende Gedanke des internationalen Sekretärs während des Krieges war: ob für oder gegen den Krieg, erklärte Paeplow, daß es unähnlich sei, anzunehmen, die Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter seien für den Krieg gewesen.

Wahl und Sitz der Leitung der Internationale führten zu scharfen Auseinandersetzungen, eine Einigung wurde nicht erzielt. Die französischen und belgischen Vertreter erklärten, auf keinen Fall für die Beibehaltung des Sitzes in Deutschland stimmen zu können.

Literarisches.

Der Neue Welt-Kalender für das Schaltjahr 1920 ist erschienen. Dieser im Verlag der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. erscheinende Kalender erlebt damit seinen 44. Jahrgang.

Möbel-Beizer und Polierer

Praktisches Lehr- und Handbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie zum Preise von 2,50 Mk.

Hans Obian, Fachlehrer an der Tischlerfachschule Deilmold und Leiter von Meister- und Gesellenkursen, Bielefeld, Kaiserstr. 2a.

Sportschlitten-Kufen!

Eiche, gebogen, prima Ware. 100 1,0 140 160 cm Schlittlänge. 7,50 8,50 9,50 10,75 Mk. per Paar, bis 20 cm abwärts; ab 10 Tagen.

Max Walthers, Dresden 22, Rehefelder Straße 61. Fernsprecher 28767.

Leim- und Furnieröfen. freigegeben als Spezialität, Prospekt gratis, Gebr. Bettinger, Freiburg i. S. 1.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Table with columns: Ort, Berufskategorie (Bauarbeiter, Möbelschneider, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen), and columns for different regions (A, B, C). Includes a summary row at the bottom.

Almanach des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1920. Taschenrechner für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Preis pro Exemplar 2,50 Mk.

la Mattine, hell, konzentriert, zum Kochen, Verdünnen in Spiritus. 16 Mk. pro Liter. Polieröl, goldgelb, 6 Mk. pro Liter.

Stuhlflächrohr. 28 Mk. liefert Walther, Dresden 22, Rehefelder, str. 51.

NR. Unsere Abteilungen sind verpflichtet, nur den berechtigten Arbeitnehmern zu drucken.



